

**NIEDERSCHRIFT**

**über die 27. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie**

vom:	<b>10.09.2002</b>
von:	<b>15:00 Uhr</b>
bis:	<b>18:20 Uhr</b>
Ort:	<b>Rathaus Geisweid Großer Sitzungssaal</b>

**Anwesend waren:**

I. Vom Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie:

Strunk, Christine - als Vorsitzende -  
Bäbler, Walter  
Daub, Dietmar - für Stv Steuber, Burkhard -  
Dehmel, Michael  
Fries, Traute  
Gierlich, Michael  
Hecker, Heribert  
Klein, Hermann - für ein von der CDU-Fraktion noch nicht benanntes Mitglied -  
Müller, Heinz - für Stv Schiemer, Hansgeorg -  
Schäfer, Friedrich-Wilhelm - für Stv Müller, Manfred -  
Schlabach, Alfred - für Stv Stahl, Markus -  
Vetter, Wolfgang  
Dr. Volz, Peter

II. Beratende Mitglieder:

Brandl, Willi  
Rinder, Gustav  
Walter, Klaus-Volker

III. Als Zuhörer:

Jacob, Martin  
Kubosch, Ralf

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

## **A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

### **1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Frau Fries bestimmt.

**27.AfULE 10.09.2002**

### **2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom**

Die Niederschriften vom 16.05.2002 und vom 11.07.2002 werden bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**27.AfULE 10.09.2002**

### **3. Fragestunde**

#### **3.1. Wilde Müllablagerungen / Verunreinigungen - Antrag der FDP-Fraktion**

Herr Röcher führt aus, dass die ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Siegen zwar Eingriffsmöglichkeiten in formeller Art bietet, aber die Durchführung scheitert oftmals an der Personalknappheit innerhalb des Ordnungsamtes. Für die illegale Müllablagerung ist, soweit keine konkrete Gefahr vorliegt, die Stadtreinigungsabteilung bzw. die Kreisverwaltung zuständig.

Ein Bußgeld liegt hier zwischen 10,00 € und 250,00 € bei Fahrlässigkeit sowie 10,00 € und 500,00 € bei vorsätzlichen Handeln.

**27.AfULE 10.09.2002**

#### **3.2. Umweltbeeinträchtigungen durch Aufbringen von tierischen Abfällen**

Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**27.AfULE 10.09.2002**

### **4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

5. **Bebauungsplan Nr. 315 „Am Siegenberg“ und 45. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Siegen-Oberschelden;**  
hier:
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
  - Aufstellungsbeschlüsse gem. § 2 BauGB
  - Abwägung des Ergebnisses der Bürgerbeteiligung
  - Abwägung der Ergebnisse der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Abstimmung mit den Nachbargemeinden
  - Feststellung der Umweltverträglichkeitsprüfung
  - Beschluss der Planentwürfe Bebauungsplan Nr. 315 „Am Siegenberg“ und 45. Änderung des Flächennutzungsplanes und ihre öffentliche Auslegung
  - Vorstellung des Entwurfes der örtlichen Bauvorschriften im Bereich des Bebauungsplanentwurfes Nr. 315 „Am Siegenberg“

Vorlagennr. 2045/2002

Herr Vetter verweist auf die Probleme, die durch die Rigolen auftreten werden. Zum einen befinden sich in diesem Bereich relativ viele Felsen und auch die Schlammfänger müssen regelmäßig ausgebaggert werden. Er beantragt, den Anwohnern die Freiheit selbst zu überlassen, wie sie entwässern.

Frau Strunk begrüßt diesen Bebauungsplan. Der Ausbau von Oberschelden nimmt weitere Formen an.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt:
  - gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 315 "Am Siegenberg" im Stadtteil Siegen-Oberschelden, Gemarkung Oberschelden Flur 2 und 4. Das Plangebiet umfasst die Straße "Am Siegenberg" bis zum Ende des bebauten Grundstückes Am Siegenberg 15 mit westlich und östlich angrenzenden Grundstücken bis zu den bebauten Grundstücken Am Siegenberg 15, 16 und 18 sowie die Straße "Stadtweg" mit nördlich und östlich angrenzenden Grundstücken von der Einmündung in die Oberscheldener Straße (L 907) bis zum Ende des an das bebaute Grundstück Stadtweg 8 angrenzende Flurstück 132, Flur 4;
  - gem. § 2 (1 und 4) BauGB die Aufstellung der 45. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen-Oberschelden, Flur 2. Das Plangebiet erfasst teilweise die an der Straße "Am Siegenberg" gelegenen Flurstücke 23 - 26, 29 - 36, 40, 41, 42, 110, 111, 127, 128, 129, 131, 145 sowie das an der Straße "Stadtweg" gelegene Flurstück 144;
  - die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB und der Beteiligung

der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB vorgebrachten Anregungen und Hinweise zu den vorliegenden Entwürfen Bebauungsplan Nr. 315 "Am Siegenberg" und 45. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß der als Anlage 1 beigefügten Abwägung zu behandeln; die Anlage ist Bestandteil der Beschlussfassung;

- den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 315 "Am Siegenberg" und den Entwurf der 45. Änderung des Flächennutzungsplanes und ihre öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) mit Begründung bzw. Erläuterungsbericht (Anlagen 5 und 6);
2. Der Rat der Stadt Siegen nimmt zur Kenntnis, dass die Belange der Nachbargemeinden durch den Bebauungsplan Nr. 315 "Am Siegenberg" und die 45. Änderung des Flächennutzungsplanes nicht berührt werden;
3. Der Rat der Stadt Siegen stellt fest, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung und ein Umweltbericht im Sinne des Gesetzes zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz (UVPG) nicht erforderlich ist;
4. Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Entwurf der Gestaltungsvorschriften (Anlage 7) zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zum Erlass der Satzung durchzuführen.

#### **Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

6. **I. Bebauungsplan Nr. 247 „Giersberg-Ost“;**  
**hier: - Ergänzung der Verwaltungsvorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002**  
**- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**  
**- Teilung des Bebauungsplangebietes in Teil A (östlicher Teil) und Teil B (westlicher Teil)**  
**- Beschluss des Bebauungsplangebietes Nr. 247 „Giersberg-Ost“ Teil A als Satzung**

Vorlagenr. 1854/2002 1. Ergänzung

Herr Vetter macht, deutlich, dass er der Vorlage zustimmen wird. Dennoch interessiert es ihn, ob durch die Teilung die Bauflächen reduziert und sich die Erschließungskosten dadurch ändern werden.

Für Herrn Rinder scheint Teil A eher ein Provisorium zu sein. Die Straßenführung ist derzeit für den ÖPNV unbefahrbar. Außerdem fehlen immer noch die Ausgleichsflächen für die Biotope.

Frau Strunk sieht weitere Probleme in der sozialen Infrastruktur und vor allem nach den Ereignissen des 28.08.2002 ist die Entwässerung in Kritik geraten. Sie beantragt

daher, dass die Verwaltung den kompletten Teil A erneut überarbeitet.

Die Erschließungskosten werden sich nicht ändern, so Herr Brede. Auch die Ausgleichsflächen sind prozentual gesehen vollständig im Teil A enthalten, durch Hinzukommen des zweiten Teils wird eine Gesamtausgleichsfläche geschaffen.

Herr Kubosch weist darauf hin, dass die Ausgleichskosten noch nicht bekannt sein können. Die Planungsvoraussetzungen sind hier nicht erfüllt.

Herr Brune gibt zu Bedenken, dass Weiterentwicklung des Bebauungsplanes gewährleistet werden sollte, da weitere Wohnflächen für die Stadt dringend benötigt werden. Der Teil A kann selbständig bestehen bleiben auch ohne die Entscheidung zugunsten des Teil B.

Herr Heinz Müller beantragt das Ende der Diskussion.

Frau Strunk weist erneut darauf hin, dass man mit dem Beschluss noch warten sollte, bis das Urteil zu Teil B vorliegt. Durch die Teilung der Satzungsbeschlüsse entstehen weitere Kosten.

#### **Beschluss (auf Antrag von Frau Strunk):**

Die Verwaltung wird beauftragt, Teil A erneut zu überarbeiten und die Vorlage erst nach der Urteilsverkündung über Teil B erneut vorzulegen.

#### **Beratungsergebnis: 1 ja, 9 nein, 1 Enthaltung**

Damit ist der Antrag abgelehnt.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Beschlussvorschläge Ziff. 1.3 und 1.4 der Vorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002 nicht zu beschließen.
2. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Anschluss an die Beschlüsse 1.1, 1.2 sowie 1.5 der Vorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002
  - 2.1 das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" in die Teile A (östlicher Teil) und B (westlicher Teil) gemäß Anlage 1 (Lageplan) zu teilen;
  - 2.2 den Bebauungsplan "Giersberg-Ost" Teil A (östlicher Teil) gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung.

#### **Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltungen**

#### **7. Boden- und Altlastenbericht 2002**

Vorlagennr. 2181/2002

► ► ► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**27.AfULE 10.09.2002**

**8. Einführung eines Biomüllsackes/Aufgabe der Grünabfallcontainersammelstellen  
- Erfahrungsbericht**

Vorlagennr. 2121/2002

Herr Biedermann gibt Auskunft über die Erfahrungen, die bisher durch die Einfuhr der Biomüllsäcke bekannt geworden sind. Die BürgerInnen nehmen die Säcke gut an und es sind nachweislich weniger wilde Müllablagerungen aufgetreten.

Herr Vetter schlägt vor, dass Grüncontainer zu Bestellung bereitgehalten werden sollten für den angefallenen Abfall nach Juni.

Es wird gerade in den Randbezirken der Stadt Siegen noch viel Müll rechtwiegend abgelagert, wie Herr Schlabach aus eigener Erfahrung. Zudem beantragt er eine weitere Erprobung der Biomüllsäcke bis zum 31.06.2003. Dann sollte erneut über eine Fortführung des Systems nachgedacht werden.

Herr Bonstein stellt fest, dass bei dem genannten Termin von Herrn Schlabach, die Säcke erst einmal abgeholt werden, daraus kann kein Erfahrungsbericht entstehen.

Daher schlägt Frau Strunk den 31.12.2003 als Termin vor.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie beschließt:

Die Einführung eines Biomüllsackes/Aufgabe der Grünabfallcontainersammelstellen wird entsprechend der Verwaltungsvorlage Nr. 1334/2001 vom 13.07.2001 vorerst bis zum 31.12.2003 fortgeführt. Danach wird erneut über den weiteren Fortgang beschlossen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**9. Kleinkläranlagenbericht 2002**

Vorlagennr. 2191/2002

Frau Fries macht darauf aufmerksam, dass der Entsorgungsbetrieb (ESi) sukzessive am weiteren Anschluss der Anwohner arbeiten sollte.

Frau Strunk ist der Ansicht, dass der Kleinkläranlagenbericht in Zukunft auch in diesem Ausschuss bekannt gegeben werden sollte.

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**27.AfULE 10.09.2002**

**10. Sitzung der städt. Baumkommission am 10.07.2002;  
hier: Beschlussempfehlungen**

Vorlagennr. 2182/2002

Herr Vetter weist darauf hin, dass bisher wenig Wert auf den Erhalt der Bäume gelegt worden ist. Daher ist er der Ansicht, dass die Verwaltung alle beauftragten Unternehmen auf den Schutz der Bäume bei entsprechenden Baumaßnahmen hinweisen sollte.

Auf Frage von Frau Strunk bezüglich der Bäume am geplanten Kreisverkehr in der Bismarkstraße, informiert Herr Schlabach, dass für die drei entfernten Bäume Ersatz gepflanzt wird.

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**27.AfULE 10.09.2002**

**11. Zuschüsse für Umweltschutzmaßnahmen;  
hier: Mittelaufteilung**

Vorlagennr. 2167/2002

Herr Vetter erkundigt sich, wie viel Geld noch für weitere Maßnahmen vorhanden ist.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen beschließt die Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 1.460,00 € aus der HSt. 1.120.9500.4 für das nachstehend aufgeführte Projekt der Kindertagesstätte am Ev. Jung-Stilling-Krankenhaus.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**12. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.07.2002 im Fachbereich 7 - Städtebau und Umwelt**

Vorlagennr. 2148/2002

**Beschluss:**

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**13. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.07.2002 im Fachbereich 8**

Vorlagennr. 2192/2002

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**14. Kreisverkehr im Zuge der Baumaßnahme Brüderweg**

Vorlagennr. 2204/2002

Herr Heinz Müller berichtet über die befürwortende Diskussion im zuständigen Bezirksausschuss. Er selbst weiß aus eigener Erfahrung, wie eng diese Kreuzung ist gerade im Hinblick auf den Busverkehr. Ein Gelenkbus muss immer auf den Gehweg ausweichen und an den Bäumen entlang fahren.

Die Herren Vetter und Walter sehen keine Notwendigkeit für einen Kreisverkehr in diesem Bereich. Herr Vetter macht geltend, dass in diesem Bereich weder größere Staus entstehen noch ein erhöhtes Unfallrisiko besteht. Bezüglich des Einwandes von Herrn Müller weist er darauf hin, dass die VWS einen anderen Bus einsetzen kann.

Dieser Meinung kann sich Frau Strunk nur anschließen. Die Kreuzung kann in einigen Bereichen aufgebessert werden, aber eine Fällung von sieben Bäumen ist unnötig.

Herr Sänger erläutert, dass hier ein Knotenpunkt mit fünf Anschlussarmen existiert. Die zweckmäßige Alternative besteht im Kreisel. Die Bäume sind durch die Auskoffierung der Straße gefährdet.

**Beschluss:**

- a) Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen nimmt die Planung für den Bau eines Kreisels im Einmündungsbereich Brüderweg und Hessische Straße zur Kenntnis.



- b) Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen stimmt der Umpflanzung des Baumes Nr. 8 und der Entfernung der Bäume Nr. 7, 12, 14, 18, 19, 24 und 34 zu.
- c) Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen stimmt dem Vorschlag zu, dass beim Straßenausbau für die lagetechnisch unkritischen Bäume im Einzelfall in Abstimmung mit der Abteilung Grünflächen entschieden wird, ob der jeweilige Baum nach Auskofferung tatsächlich erhalten bleiben kann oder gefällt werden muss.

**Beratungsergebnis: 10 Stimmen dafür, 2 dagegen, 0 Enthaltungen**

## **15. Mitteilungen des Bürgermeisters**

### **a) Gewässerverunreinigungen 2001 in Siegen**

*Die Ausführungen sind der Niederschrift beigelegt.*

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**27.AfULE 10.09.2002**

### **b) Hochwasseraktionsplan Sieg**

*Die Ausführungen sind der Niederschrift beigelegt.*

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**27.AfULE 10.09.2002**

### **c) Obstbaumaktion 2002**

*Die Ausführungen sind der Niederschrift beigelegt.*

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**27.AfULE 10.09.2002**

### **d) Ökokonto der Stadt Siegen**

*Die Ausführungen sind der Niederschrift beigelegt.*

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**27.AfULE 10.09.2002**



## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 7 / Stadtplanung  
Bearbeitet von: Herrn Thümmler

Datum  
22.07.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Bezirksausschuss VI-Eiserfeld</b>	<b>04.09.2002</b>
<b>Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie</b>	<b>10.09.2002</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>30.09.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>09.10.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>30.10.2002</b>

Betreff:

**Bebauungsplan Nr. 315 "Am Siegenberg" und 45. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Siegen-Oberschelden;**

**hier:** ➤ Auf § 31 GO NW wird hingewiesen  
➤ Aufstellungsbeschlüsse gem. § 2 BauGB  
➤ Abwägung des Ergebnisses der Bürgerbeteiligung  
➤ Abwägung der Ergebnisse der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Abstimmung mit den Nachbargemeinden  
➤ Feststellung der Umweltverträglichkeitsprüfung  
➤ Beschluss der Planentwürfe Bebauungsplan Nr. 315 "Am Siegenberg" und 45. Änderung des Flächennutzungsplanes und ihre öffentliche Auslegung  
➤ Vorstellung des Entwurfes der örtlichen Bauvorschriften im Bereich des Bebauungsplanentwurfes Nr. 315 "Am Siegenberg"

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 315 "Am Siegenberg" im Stadtteil Siegen-Oberschelden, Gemarkung Oberschelden Flur 2 und 4. Das Plangebiet umfasst die Straße "Am Siegenberg" bis zum Ende des bebauten Grundstückes Am Siegenberg 15 mit westlich und östlich angrenzenden Grundstücken bis zu den bebauten Grundstücken Am Siegenberg 15, 16 und 18 sowie die Straße "Stadtweg" mit nördlich und östlich angrenzenden Grundstücken von der Einmündung in die Oberscheldener Straße (L 907) bis zum Ende des an das bebaute Grundstück Stadtweg 8 angrenzende Flurstück 132, Flur 4;

- gem. § 2 (1 und 4) BauGB die Aufstellung der 45. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen-Oberschelden, Flur 2.  
Das Plangebiet erfasst teilweise die an der Straße "Am Siegenberg" gelegenen Flurstücke 23 - 26, 29 - 36, 40, 41, 42, 110, 111, 127, 128, 129, 131, 145 sowie das an der Straße "Stadtweg" gelegene Flurstück 144;
  - die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB vorgebrachten Anregungen und Hinweise zu den vorliegenden Entwürfen Bebauungsplan Nr. 315 "Am Siegenberg" und 45. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß der als Anlage 1 beigefügten Abwägung zu behandeln; die Anlage ist Bestandteil der Beschlussfassung;
  - den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 315 "Am Siegenberg" und den Entwurf der 45. Änderung des Flächennutzungsplanes und ihre öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB) mit Begründung bzw. Erläuterungsbericht (Anlagen 5 und 6);
2. Der Rat der Stadt Siegen nimmt zur Kenntnis, dass die Belange der Nachbargemeinden durch den Bebauungsplan Nr. 315 "Am Siegenberg" und die 45. Änderung des Flächennutzungsplanes nicht berührt werden;
  3. Der Rat der Stadt Siegen stellt fest, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung und ein Umweltbericht im Sinne des Gesetzes zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz (UVPG) nicht erforderlich ist;
  4. Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Entwurf der Gestaltungsvorschriften (Anlage 7) zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zum Erlass der Satzung durchzuführen.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Ziel der Bauleitpläne Bebauungsplan Nr. 315 "Am Siegenberg" und 45. Änderung des Flächennutzungsplanes ist es, der verstärkt festzustellenden Nachfrage nach Wohnraum in den ländlich geprägten Stadtteilen der Stadt Siegen zu entsprechen.

Bei der vorliegenden Planung in Oberschelden geht es darum, einen Westhang östlich der Straße "Am Siegenberg" der Wohnbebauung zuzuführen, wodurch ca. 11 Neubaugrundstücke entstehen. Um den Bebauungsplan - § 8 (2) BauGB folgend - aus dem Flächennutzungsplan (FNP) entwickeln zu können, muss der wirksame FNP der Stadt Siegen geändert werden.

Die Zustimmung der Bezirksregierung Arnsberg (Bezirksplanungsbehörde) zur Bekanntgabe und Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung gem. § 20 LPLG NW liegt vor.

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung wurde Ende August bis Mitte September 2001 durchgeführt, die Träger öffentlicher Belange (TÖB) beteiligt und die Planung mit den Nachbargemeinden abgestimmt.

Von den Nachbargemeinden wurden keine Anregungen und Hinweise vorgebracht. Ansonsten eingegangene Anregungen und Hinweise sind als Anlage 2 dieser Vorlage beigefügt. Sie sind ebenso wie die Abwägung Bestandteil der Vorlage.

Für das "Neubaugebiet" im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 315 "Am Siegenberg" sind örtliche Bauvorschriften gem. § 86 BauO NW im Entwurf erarbeitet worden. Dadurch soll ein Rahmen für eine regionaltypische Baugestaltung abgesteckt werden, so dass sich das Neubaugebiet in die umgebende Bebauung einfügt. Der Entwurf der örtlichen Bauvorschriften (Anlage 7) wird in der Sitzung vorgestellt. Er soll im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Bauleitplanentwürfe ebenfalls der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung und ein Umweltbericht im Sinne des Gesetzes zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer Richtlinien zum Umweltschutz - UVPG - sind für den Bebauungsplan Nr. 315 "Am Siegenberg" nicht erforderlich, da die in der Anlage 1 (Liste "UVP-pflichtige Vorhaben") zu § 17 UVPG enthaltenen Grenzwerte nicht erreicht werden.

Weitere Einzelheiten zur Planung bitte ich, der Begründung (Anlage 5) bzw. dem Erläuterungsbericht (Anlage 6) zu den Bauleitplanentwürfen zu entnehmen.

#### FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

☒ ja bei Realisierung der Maßnahme ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer  <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

#### VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--	--	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune  
Stadtbaurat

#### Anlagen

- Anlage 1 - Abwägung / Stellungnahmen zu den eingegangenen Anregungen der Bürger und Träger öffentlicher Belange (TÖB)
- Anlage 2 - Niederschrift über die Bürgerbeteiligung  
Schreiben der Bürger mit Anregungen  
Schreiben der Träger öffentlicher Belange (TÖB) mit Anregungen
- Anlage 3 - Übersichtsplan BP-Nr. 315 "Am Siegenberg"
- Anlage 4 - Übersichtsplan 45. Änderung des Flächennutzungsplanes
- Anlage 5 - Begründung zum BP-Nr. 315 "Am Siegenberg"
- Anlage 6 - Erläuterungsbericht zur 45. Änderung des Flächennutzungsplanes
- Anlage 7 - Entwurf der örtlichen Bauvorschriften (Gestaltungssatzung)

# **Anlage 1**

## **Bauleitplanung der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen-Oberschelden Bebauungsplan Nr. 315 "Am Siegenberg" 45. Änderung des Flächennutzungsplanes**

**Abwägung / Stellungnahme zu den eingegangenen Anregungen und Hinweisen  
der Bürger und Träger öffentlicher Belange**

1. Stellungnahme zum Schreiben der Bewohner des Hauses Am Siegenberg 24 vom 27.08.2001

Die Bewohner sind Eigentümer eines Grundstückes östlich der Straße "Am Siegenberg", das durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 315 einer Bebauung zugeführt werden soll.

Sie bitten aus Gründen der Neutralität und Objektivität, dass die Umlegung durch die Stadt Siegen durchgeführt wird.

Das Schreiben betrifft nicht die Aufstellungsverfahren der vorliegenden Bauleitpläne, sondern das Umlegungsverfahren.

Da eine freiwillige, private Umlegung nicht das Einverständnis aller Grundstückseigentümer findet und um eine zügige Realisierung des Bebauungsplanes nach dessen In-Kraft-Treten sicherzustellen, hat die Verwaltung in Vorbereitung auf eine Umlegung durch die Stadt Siegen eine gesonderte Vorlage zur Anordnung der Umlegung gefertigt, die ab dem Bauausschuss in den städtischen Gremien parallel zu dieser Verwaltungsvorlage beraten wird.

2. Stellungnahme zum Vorschlag eines Bürgers für die Zuteilung von Grundstücken bei einer Umlegung vom 06.09.2001

Der Bürger, der Eigentümer von Grundstücken östlich der Straße "Am Siegenberg" ist, die durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 315 einer Bebauung zugeführt werden sollen, hat anhand eines Lageplanes einen Vorschlag erarbeitet, wie er seine Grundstücke (Nr. 4 und Nr. 6) im Zuge einer Umlegung zugeteilt haben möchte.

Der Vorschlag des Bürgers betrifft nicht die Aufstellungsverfahren der vorliegenden Bauleitpläne, sondern das Umlegungsverfahren.

Die Geschäftsstelle Umlegung der Abteilung Vermessung wurde zuständigkeitshalber über den Vorschlag informiert.

3. Stellungnahme zum Schreiben des Vorsitzenden der Waldgenossenschaft "Hauberg Oberschelden" und seines Stellvertreters vom 11.09.2001

Die Absender des Schreibens weisen darauf hin, dass die Straßen "Stadtweg" und "Am Siegenberg" auch der Holzabfuhr dienen und die jetzigen Straßenbreiten dafür ausreichend sind. Bei einer Umgestaltung der Straßen muss die Holzabfuhr gewährleistet bleiben. Es wird gebeten, bei verkehrsberuhigtem Ausbau der Straße "Am Siegenberg" kein Pflaster zu verwenden, weil unter der hohen Achslast der Holzfahrzeuge Pflaster instabil sein kann.

Ferner wird gebeten, die an die im Bebauungsplan festgesetzten Ausgleichsflächen angrenzenden Restflächen für die Forstnutzung in das Umlegungsgebiet miteinzubeziehen.

Abschließend wird mitgeteilt, dass nach Kenntnisstand der Absender des Schreibens ein Teil des Stadtweges als bestehende (historische) Straße eingestuft ist und bei einem Umbau das BauGB nicht zutreffend ist (gemeint ist, dass die Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach Erschließungsbeitragsrecht nicht möglich ist).

Durch den Ausbau der Straßen "Stadtweg" und "Am Siegenberg" wird die Benutzung der Verkehrsflächen durch die Holzabfuhr nicht beeinträchtigt.

Die Bitte hinsichtlich der Oberflächenbefestigung der Straße "Am Siegenberg", der Vorschlag bezüglich des Umfanges des Umlegungsgebietes und die Mitteilung bezüglich der Straße "Stadtweg" als "historische Straße" betreffen nicht die Aufstellungsverfahren der vorliegenden Bauleitpläne.

Die dafür zuständigen Fachabteilungen Straße und Verkehr (Oberflächenbefestigung der Straße "Am Siegenberg"), Geschäftsstelle Umlegung (Umfang des Umlegungsgebietes) und Bauverwaltung (Einordnung der Straße "Stadtweg" als "historische Straße") wurden entsprechend informiert.

4. Stellungnahme zum Schreiben der Bewohner des Hauses Stadtweg 7 vom 25.09.2001

Die Bewohner sind der Meinung, dass der jetzige Ausbauzustand der Straße "Stadtweg" ausreicht und ein Ausbau, wie im Bebauungsplanentwurf vorgesehen, nicht erforderlich ist.

Ferner wird gebeten, zu überprüfen, ob es sich bei der Straße "Stadtweg" um eine "historische Straße" handelt und ob in früheren Zeiten von Anliegern Eigenleistungen im Straßenbau erbracht wurden.

In abschließenden Anmerkungen wird das Erschließungsbeitragsrecht der Kommunen kritisiert.

Die Abstimmung mit der Fachabteilung Straße und Verkehr hat ergeben, dass zur verkehrsgerechten Erschließung des Bebauungsplangebietes und zur Gewährleistung von Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs (auch des Fußgängerverkehrs) der Stadtweg im Kurvenbereich eine Aufwertung benötigt und einseitig mit einem Gehweg versehen werden muss, der bis zum bestehenden Fußgängerüberweg im Knotenpunkt Oberschelder Straße / Gosenbacher Straße / Stadtweg führt.

Die Fragen bezüglich der Einordnung des Stadtweges als "historische Straße", bisheriger Eigenleistungen von Anliegern und die Anmerkungen zum Erschließungsbeitragsrecht betreffen nicht die Aufstellungsverfahren der vorliegenden Bauleitpläne, sondern das Erschließungsbeitragsrecht.

Die dafür zuständige Abteilung Bauverwaltung wurde entsprechend informiert. Sie wird alle Fragen im Rahmen der Erhebung von Erschließungsbeiträgen überprüfen.

5. Stellungnahme zum Schreiben des NABU (Naturschutzbund Deutschland) vom 19.07.2001

Der NABU hat gegen die Bauleitpläne keine Bedenken. Er weist aber darauf hin, dass bei der Bebauung darauf geachtet werden soll, dass Regenwasser von versiegelten Flächen (Pflaster, Dachflächen) nicht in die Kanalisation geleitet, sondern einer Versickerung zugeführt wird.

Die vorhandene Bebauung im Bebauungsplangebiet wird abwassertechnisch über Mischkanalisation entsorgt.



Das Niederschlagswasser der Neubauflächen wird, wie unter Punkt 12. "Entsorgung der Neubauflächen des Bebauungsplangebietes (Schmutz- und Regenwasser), Erdaushub bei Baumaßnahmen, Müllentsorgung" dargelegt, über private Rigolen in den Untergrund versickert.  
Insofern wird dem Hinweis des NABU gefolgt.

6. Stellungnahmen der Vertreter bergbaulicher Belange (Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 8 Bergbau und Energie NRW und Bergamt Recklinghausen) vom 24.07.2001 und 16.01.2002

Die Vertreter bergbaulicher Belange stellen fest, dass das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 315 und damit auch die 45. Flächennutzungsplanänderung über 2 inzwischen erloschenen Bergwerksfeldern liegt und dass westlich der Plangebiete ein Stollen aufgefahren wurde, der sich nach Südwesten erstreckt (Bergamt Recklinghausen).

Es sind in den vorliegenden Unterlagen, die aufgrund von Kriegseinwirkungen unvollständig oder verloren gegangen sind, keine weiteren Eintragungen vorhanden. Vorsorglich wird vom Bergamt Recklinghausen auf das mögliche Vorhandensein von oberflächennahen, nicht bekannten Grubenbauen hingewiesen und gebeten, bei der Durchführung von Bauvorhaben gefundene Anzeichen ehemaliger bergbaulicher Tätigkeit unverzüglich dem Bergamt zu melden.

Die Bezirksregierung Arnsberg empfiehlt, seitens der Stadt Siegen einen Sachverständigen einzuschalten und Baugrunduntersuchungen (z. B. Bohrungen) durchzuführen, da sie keine Aussage darüber treffen kann, inwieweit in dem außerhalb der Plangebiete liegenden Stollen Abbau umgegangen ist, der möglicherweise doch in die Plangebiete hineinreicht.

Bezüglich der Frage der Probebohrungen bzw. des Einschaltens eines Sachverständigen seitens der Stadt Siegen wurde die Abteilung Recht und Versicherungen um Stellungnahme gebeten, ob solch eine Untersuchungspflicht der Stadt Siegen hinsichtlich Überresten bergbaulicher Tätigkeit besteht.

Die Abteilung kommt zu dem Ergebnis, dass im Bebauungsplan eine Kennzeichnung der Flächen, unter denen der Bergbau umgegangen ist, mit dem Hinweis reicht, dass für den Fall bergbaulicher Vorbelastung besondere Sicherungsmaßnahmen am konkreten Gebäudestandort vorzunehmen sind.

Dementsprechend wurde im vorliegenden Bebauungsplanentwurf verfahren und auch der vorsorgliche Hinweis des Bergamtes Recklinghausen mit der Bitte um Unterrichtung übernommen.

Letzteres ist auch noch in der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 315 unter Punkt 7. aufgeführt.

Auch im Erläuterungsbericht zur 45. Änderung des Flächennutzungsplanes wird unter Punkt 7. auf die erloschenen Bergwerksfelder und auf das möglicherweise Vorhandensein oberflächennaher, nicht bekannter Grubenbauen hingewiesen.

7. Stellungnahme zum Schreiben des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege vom 02.08.2001

Das Amt hat gegen die vorliegende Planung keine denkmalpflegerischen Bedenken.

Es regt jedoch an, zukünftig generell in den Erläuterungsbericht bzw. in die Begründung den Ordnungspunkt "Denkmalschutz und Denkmalpflege" aufzunehmen.

Der Anregung wurde in der vorliegenden Begründung bzw. im vorliegenden Erläuterungsbericht gefolgt.

8. Stellungnahme zum Schreiben des Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen (Straßen NRW) vom 10.08.2001

Der Landesbetrieb hat gegen die Bauleitpläne keine grundsätzlichen Bedenken. Er weist im Falle des Bebauungsplanes Nr. 315 darauf hin, dass bei einem Ausbau der Anbindung an die L 907 (Oberschelder Straße) innerhalb der Ortsdurchfahrt Oberschelden keine Kosten auf den Bauträger der klassifizierten Straße zukommen dürfen.

Im Zuge des Ausbaues des Stadtweges muss auch dessen Anbindung an die L 907 ausgebaut werden. Der Hinweis bezüglich der Kosten für den Ausbau der Anbindung wird zur Kenntnis genommen.

9. Stellungnahme zum Schreiben des Westfälischen Museums für Archäologie, Amt für Bodendenkmalpflege, vom 14.08.2001

Das Amt für Bodendenkmalpflege teilt mit, dass bodendenkmalpflegerische Belange nach bisherigem Kenntnisstand nicht berührt werden. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass bei Bodeneingriffen bodendenkmalrelevante Funde entdeckt werden können. Die Entdeckung ist der Gemeinde und / oder dem Westfälischen Museum für Archäologie unverzüglich anzuzeigen. Der Hinweis sollte in den Bebauungsplan aufgenommen werden.

Der Hinweis wurde, wie gewünscht, in den vorliegenden Bebauungsplanentwurf aufgenommen.

10. Stellungnahme zum Schreiben des Staatlichen Umweltamtes Siegen vom 14.08.2001

Das Staatliche Umweltamt hat aus Sicht der Wasserwirtschaft Anregungen vorgebracht.

Die Entscheidung bezüglich der Niederschlagswasserbeseitigung ist dem Amt zur Zustimmung vorzulegen.

Ferner wird auf ein namenloses Fließgewässer am nordwestlichen Rand des Plangebietes des Bebauungsplanes Nr. 315 verwiesen. Neben allgemeiner Ausführungen zur Erhaltung und Entwicklung von Fließgewässern wird mitgeteilt, dass zur naturnahen Entwicklung und Unterhaltung des namenlosen Fließgewässers eine beiderseitige Breite des Uferstreifens von je der Breite des Gewässers von Böschungsoberkante bis Böschungsoberkante, mindestens aber 5,00 m, freizuhalten ist.

Das Staatliche Umweltamt wird im Rahmen der Benachrichtigung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) über die öffentliche Auslegung der Bauleitplanentwürfe über die Entscheidung der Stadt Siegen bezüglich der Niederschlagswasserbeseitigung informiert und um Zustimmung gebeten.

Das namenlose Gewässer hat eine Breite von bis zu 1,00 m, so dass ein beidseitiger Uferstreifen von 5,00 m freizuhalten ist.

Soweit dieser Uferstreifen im Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 315 liegt, ist er im vorliegenden Bebauungsplanentwurf als Schutzstreifen festgesetzt worden, der von baulichen Anlagen, Nebenanlagen und Geländeaufhöhungen freizuhalten ist.

11. Stellungnahme zum Schreiben des BUND (Bund für Umweltschutz und Naturschutz Deutschland) vom 17.08.2001

Der BUND stimmt im Prinzip den Bauleitplänen zu.

Hinsichtlich des geplanten Ausgleiches der Eingriffe in Natur und Landschaft wird bemerkt, dass anstelle des vorgesehenen gestuften Waldaufbaues eine, aus Sicht des BUND höher zu bewertende, offene Wiese geschaffen werden sollte.

Die Anlage von Gärten und Grünland wird sehr positiv gesehen. Mit Bepflanzungen durch ortsansässige Bäume und Sträucher sollte sehr sparsam umgegangen werden.

Durch den Bebauungsplan wird in eine größere Waldfläche (Fichtenhochwald) eingegriffen, die 1999 größtenteils abgeholzt wurde.

Aus forstlicher Sicht wird durch den Bebauungsplan Wald in Baugebiet umgewandelt, was zu einem Waldverlust führt, der durch forstliche Maßnahmen auszugleichen ist. Waldumwandlung und Ausgleich bedürfen nach Landesforstgesetz der Zustimmung des Forstamtes.

Das Forstamt hat in seiner Stellungnahme zu den vorliegenden Bauleitplänen mitgeteilt, dass aus forstbehördlicher Sicht keine Bedenken bestehen und dass durch die Anlage eines stufig aufgebauten Waldrandes der Waldverlust weitgehend ausgeglichen wird.

Der im Bebauungsplanentwurf festgesetzte stufig aufgebaute Waldrand wird, wenn er seine volle ökologische Wirksamkeit erreicht hat, von großer Bedeutung für den Naturhaushalt und eine Vielzahl von wild lebenden Tieren und Pflanzen sein.

Aus den v. g. Gründen ist im Bebauungsplanentwurf ein gestufter Waldaufbau festgesetzt.

Dem Wunsch des BUND, anstelle des gestuften Waldaufbaues eine offene Wiese zu schaffen, wird nicht gefolgt.

Bezüglich des Hinweises auf sparsamen Umgang mit Bäumen und Sträuchern wird davon ausgegangen, dass die künftigen Bauherren bei der Anlage ihrer Gärten / Grünflächen schon aus Gründen der Besonnung und Belichtung und auch aus Kostengründen kein Übermaß an Bäumen und Sträuchern anpflanzen werden.

Der Bedarf einer dem Hinweis des BUND entsprechenden Regelung im Rahmen des Bebauungsplanes ist nicht gegeben.

12. Stellungnahme zu den Schreiben des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 20.08. und 22.08.2001

Der Kreis teilt mit, dass eigene Planungen oder Maßnahmen oder auch von ihm zu vertretende Belange durch die Bauleitpläne nicht berührt werden.

Er weist darauf hin,

- dass überschüssiger Erdaushub zu vermeiden ist und wie dennoch anfallender überschüssiger Bodenaushub zu verwenden oder zu beseitigen ist,
- dass zum Schutz der Ufer von Gewässern und zur Sicherung der Gewässerunterhaltung ein Schutzstreifen erforderlich ist,
- dass Aufbau und Pflanzenwahl der vorgesehenen Waldrandgestaltung (gestufter Waldaufbau) sich an einer Broschüre des Kreises orientieren sollen,
- dass bei dem vorgesehenen Ausgleich innerhalb der privaten Garten- / Grünlandbereiche eine Darstellung erforderlich ist, in welcher Form z. B. heimische Anpflanzungen erbracht werden sollen (Pflanzenzahl etc.).

Ergänzend wird für alle Ausgleichsdarstellungen empfohlen, die verwendeten Pflanzqualitäten anzugeben.

Der Hinweis bezüglich überschüssigen Erdaushubes ist in den Bebauungsplanentwurf aufgenommen worden und auch in der Begründung aufgeführt.

Der Gewässerschutzstreifen ist, soweit er im Bebauungsplangebiet liegt, im Bebauungsplanentwurf festgesetzt worden.

Aufbau und Pflanzenwahl des gestuften Waldaufbaues sind als Anlage der Bebauungsplanbegründung beigelegt.

Die Pflanzzahl für die privaten Gärten / Grünlandbereiche ist im Bebauungsplanentwurf festgesetzt.

Die Pflanzqualität für alle Ausgleichsmaßnahmen ist als Hinweis im Bebauungsplanentwurf aufgeführt.

# B e g r ü n d u n g

zum Bebauungsplan Nr. 315 AAm Siegenberg≡  
der Stadt Siegen im Stadtteil Oberschelden

## 1. Plangebiet

Das Plangebiet liegt im Stadtteil Oberschelden, Gemarkung Oberschelden Flur 2 und 4. Es umfasst die Straße AAm Siegenberg≡ bis zum Ende des bebauten Grundstückes Am Siegenberg, Haus-Nr. 15, mit westlich und östlich angrenzenden Grundstücken bis zu den bebauten Grundstücken Am Siegenberg, Haus-Nr. 15, 16 und 18, sowie die Straße AStadtweg≡ mit nördlich und östlich angrenzenden Grundstücken von der Einmündung in die Oberscheldener Straße (L 907) bis zum Ende des an das bebaute Grundstück Stadtweg, Haus-Nr. 8, angrenzende Flurstück 132, Flur 4. Die Größe des Plangebietes beträgt 2,42 ha. Es ist als Ergänzung zur Plangebietsbeschreibung im nachstehenden Lageplan umgrenzt.

## 2. Darstellung im Flächennutzungsplan (FNP)

Im wirksamen Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen ist das Bebauungsplangebiet als Allgemeines Wohngebiet (WA), Fläche für die Landwirtschaft und Fläche für die Forstwirtschaft dargestellt. Um den Bebauungsplan, durch den Bereiche an der Straße AAm Siegenberg≡ und AStadtwald≡ einer Bebauung zugeführt werden sollen, aus dem Flächennutzungsplan entwickeln zu können, muss der Flächennutzungsplan so geändert werden, dass diese Flächen als WA-Gebiet und Grünfläche (Ausgleichsfläche) dargestellt werden. Dabei wird auch ein bisher als Fläche für die Landwirtschaft dargestellter Grundstücksbereich künftig als WA-Gebiet dargestellt werden, da dort ein Wohnhaus nach § 35 (2) - Bauen im Außenbereich - zugelassen und realisiert wurde. Insofern wird durch die Flächennutzungsplanänderung die Darstellung im FNP mit der tatsächlichen Nutzung in Einklang gebracht. Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft durch das Vorhaben wurden gemäß Auflagen zur Baugenehmigung auf dem Grundstück selbst durchgeführt.

Die Flächennutzungsplanänderung wird parallel zum Bebauungsplanverfahren betrieben.

Die Zustimmung der Bezirksregierung Arnsberg (Bezirksplanungsbehörde) zur Bekanntgabe und Anpassung an die Ziele der Raumordnung und Landesplanung gem. § 20 LPLG NW liegt vor.

## 3. Planungsanlass und städtebauliche Zielsetzung

Bei dem von dem Bebauungsplan AAm Siegenberg≡ erfassten Gebiet handelt es sich um einen schon älteren Siedlungsbereich am südlichen Ortseingang von Oberschelden, östlich der Oberschelder Straße (L 907).

Das Gebiet wird über die Straßen AStadtweg≡ und AAm Siegenberg≡ erschlossen.

Die Straße AAm Siegenberg≡ erschließt 13 Wohngebäude, vorwiegend 1-geschossige Einfamilienhäuser und ist auf einer Länge von 200 m nur einseitig angebaut. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite beginnt ein Westhang, dessen Fichtenbestand abgeholzt worden ist. Der Westhang steigt mit einer Neigung von 20 - 25 % bis auf 355 m über NN am südöstlichen Rand des Plangebietes an.

Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes AAm Siegenberg≡ soll dieser Bereich, der planungsrechtlich dem städtebaulichen Außenbereich (§ 35 BauGB) zuzuordnen ist, zur Abrundung des vorhandenen Siedlungsbereiches in einer Tiefe von etwa 30 m der Bebauung mit Einfamilienhäusern zugeführt werden. Dadurch entstehen ca. 10 weitere Baugrundstücke an der Straße AAm Siegenberg≡. Ein weiteres Baugrundstück ergibt sich östlich des Stadtweges gegenüber dem bebauten Grundstück Stadtweg, Haus-Nr. 8. Die neu entstehenden Baugrundstücke kommen der Nachfrage, auch im Stadtteil Oberschelden, nach Bauflächen für Einfamilienhäuser entgegen.

Mit im Bebauungsplangebiet liegen neben den neuen Bauflächen und den Erschließungsstraßen AStadtweg≡ und AAm Siegenberg≡ auch die schon bebauten Grundstücke Am Siegenberg, Haus-Nr. 1, 3, 5, 7, 9 und 11, sowie Stadtweg, Haus-Nr. 7, um den Bereich insgesamt städtebaulich abzusichern.

#### 4. Festsetzungen des Bebauungsplanes

Als Art der baulichen Nutzung wird sowohl für die vorhandene als auch neue Bebauung AAllgemeines Wohngebiet≡ (WA) mit einer 1-geschossigen Bebauung in Form von Einzelhäusern in offener Bauweise festgesetzt. Als Ausnahme kann zugelassen werden, dass die Zahl Vollgeschosse um ein Geschoss erhöht werden darf, wenn wegen der Hanglage das Untergeschoss als Vollgeschoss angerechnet werden muss. Zur Vermeidung talseitig überhöhter Gebäude wird eine max. talseitige Traufhöhe von 6,80 m - bezogen auf das geplante Gelände i. S. d. § 2 (4) BauO NW - festgesetzt. Zur Erhaltung der baulichen Eigenart und Nutzungsstruktur des Siedlungsbereiches wird die höchstzulässige Zahl der Wohnungen je Wohngebäude auf max. 2 Wohnungen beschränkt. Für alle Baugrundstücke wird als Grundflächenzahl (GRZ) die Obergrenze des § 17 BauNVO von 0,4 festgesetzt. Die Geschossflächenzahl (GFZ) wird auf 0,6 festgesetzt, um ein zu großes Bauvolumen bzw. eine zu große Baumasse zu verhindern.

In den WA-Gebieten werden die nach § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen - Betriebe des Beherbergungsgewerbes, sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe und Tankstellen - ausgeschlossen, da sie sich nicht in den hier vorgesehenen Wohngebietscharakter einfügen.

#### 5. Verkehrserschließung

Die Erschließung des Siedlungsbereiches erfolgt von der Oberschelder Straße (L 907) aus über die Straßen AStadtweg≡ und AAm Siegenberg≡. Zur verkehrsgerechten Erschließung müssen die Straßen AStadtweg≡ und AAm Siegenberg≡ ausgebaut werden.

Der Stadtweg wird im Bebauungsplan als Verkehrsfläche mit einer Fahrbahnbreite von 5,00 m und einem 1,50 m breiten einseitigen Gehweg festgesetzt. Ab Haus Nr. 8, Stadtweg, wird er bis zum Ende des Flurstückes 132, Flur 4, als Verkehrsfläche mit der besonderen Zweckbestimmung AWohnweg≡ mit einer Breite von 4,00 m und daran angrenzend als Verkehrsfläche mit der besonderen Zweckbestimmung AWirtschaftsweg≡ festgesetzt.

Die Straße AAm Siegenberg≡ wird als Verkehrsfläche mit der besonderen Zweckbestimmung Averkehrsberuhigter Bereich≡ (Fahrzeug- und Fußgängerverkehr sind gleichberechtigt) mit einer Breite von 4,75 m und im Bereich der Zufahrt zu den bebauten Grundstücken Am Siegenberg, Haus-Nr. 15, 16, 18, 20, 24 und 26 als 4,00 m breiter Wohnweg festgesetzt. An geeigneten Stellen wird die Verkehrsfläche um Stellplätze für Besucher und Lieferanten komplettiert.

Die Straße erhält auf halber Strecke zwischen Haus-Nr. 1 und Haus-Nr. 11, Am Siegenberg, eine Lkw-Ausweichstelle und wird in einem Bereich, der von den Häusern Nr. 11, 15 und 16 begrenzt wird, mit einer Wendeanlage für Pkw, Lkw bis 10 m Länge und 3-achsige Müllfahrzeuge versehen. Ein vorhandener Wirtschaftsweg wird im Bereich der Wendeanlage angebunden.

Durch die Verbreiterung des Stadtweges wird der Rand eines Grünbereiches geringfügig angeschnitten. Der Grünbereich bildet mit einer Teichanlage und Sitzmöglichkeiten eine der Allgemeinheit zugängliche Ruhezone. Die Ruhezone wird trotz Inanspruchnahme des Randbereiches in ihrer Funktion nicht beeinträchtigt.

## 6. Eingriffe in Natur und Landschaft

Der nördliche Teil des Bebauungsplangebietes ist schon bebaut und planungsrechtlich dem Innenbereich (§ 34 BauGB) zuzuordnen. Dazu gehört auch ein Grundstück, auf dem ein Wohnhaus nach § 35 (2) - Bauen im Außenbereich - zugelassen wurde (Stadtweg Haus-Nr. 7). Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft durch das Vorhaben wurden gemäß Auflagen zur Baugenehmigung auf dem Grundstück selbst durchgeführt.

In den vorhandenen Naturraum wird somit durch das Neubaugebiet östlich der Straße AAm Siegenberg $\cong$  und durch Ausbaumaßnahmen der Straßen AStadtweg $\cong$  und AAm Siegenberg $\cong$  eingegriffen. Dieser Eingriff ist zu bewerten und in dem gesetzlich geforderten Umfang durch geeignete Maßnahmen auszugleichen.

Bei dem Neubaugebiet handelt es sich um einen artenarmen Fichtenbestand (ca. 12.000 m<sup>5</sup>), der abgeholzt worden ist, sowie einen Grünbereich östlich des Stadtweges an die abgeholzte Waldfläche angrenzend. Der Straßenausbau erstreckt sich auf unbefestigte Randstreifen, teilweise mit Straßenrandgrün durchsetzt, einige Einzelbäume im Bereich der geplanten Wendeanlage sowie Rasenflächen in der geplanten Verlängerung des Stadtweges.

Zur Bewertung des Eingriffes in Natur und Landschaft wird der Ist-Zustand des Bebauungsplangebietes anhand einer mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein abgestimmten Biotoptypen-Wertliste bewertet. Des Weiteren wird der Zustand des Gebietes bei Realisierung des Bebauungsplanes AAm Siegenberg $\cong$  (Plan-Zustand) bewertet. Beide Bewertungen sind auf nachfolgenden Seiten tabellarisch aufgeführt. Um festzustellen, inwieweit Eingriffe in Natur und Landschaft im Bebauungsplan ausgeglichen werden können, werden die Bewertungen miteinander verglichen.

Als Ausgleichsmaßnahmen werden im Bebauungsplan festgesetzt, dass

- & ein Teil der abgeholzten Fläche durch gestuften Waldaufbau mit Büschen und kleinkronigen Bäumen zum bestehenden Waldrand in höherwertige Pflanzungen umgewandelt wird (in Anlehnung an die Anlage AGestufter Waldaufbau $\cong$  zur Begründung);
- & auf den Neubaugrundstücken Garten-/Grünland angelegt wird, das mit standortheimischen Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen ist.



Durch die v. g. Festsetzungen kann innerhalb des Bebauungsplangebietes ein Kompensationsgrad von 100 % erreicht werden.

<b>Bewertung des Ist-Zustandes</b>			
<b>Biotoptyp</b>	<b>Wertpunkte</b>	<b>Fläche</b>	<b>Flächenpunkte</b>
Straßen AStadtweg≡, AAm Siegenberg≡ und AOberschelder Straße≡	0	2.425 m <sup>5</sup>	0
Straßenrandbereiche zum Teil, begrünt	3	1.495 m <sup>5</sup>	4.485
Wiesenfläche in südl. Verlängerung des Stadtweges	3	240 m <sup>5</sup>	720
Grünbereich östl. Am Siegenberg, Haus-Nr. 11		210 m <sup>5</sup>	2.500
Grünbereich östl. Stadtweg, angrenzend an abgeholzte Waldfläche	3	420 m <sup>5</sup>	1.260
Wirtschaftsweg östl. Am Siegenberg, Haus-Nr. 11 und in Verlängerung Stadtweg	2	220 m <sup>5</sup>	440
Bebaute Grundstücke Stadtweg, Haus-Nr. 7 und Am Siegenberg, Haus-Nr. 1, 3, 5, 7, 9 und 11 <sup>1)</sup>	-	4.560 m <sup>5</sup>	-
Grünfläche des bebauten Grundstückes Stadtweg, Haus-Nr. 7	4	200 m <sup>5</sup>	800
Rückwärtige Grünbereiche (im FNP als landwirtschaftliche Flächen dargestellt) der bebauten Grundstücke Am Siegenberg, Haus-Nr. 3, 5 und 7	4	2.380 m <sup>5</sup>	9.520
Abgeholzte Waldfläche	3	12.000 m <sup>5</sup>	36.000
Altes Wasserwerksgebäude und Garage nordöstlich Stadtweg, Haus-Nr. 8	0	85 m <sup>5</sup>	0
RWE-Grundstück	0	15 m <sup>5</sup>	0
<b>Gesamt</b>		<b>24.250 m<sup>5</sup></b>	<b>55.725</b>

<sup>1)</sup> vorhandene schon bebaute Flächen ohne Bewertung

<b>Bewertung des Plan-Zustandes</b>			
<b>Biotoptyp</b>	<b>Wertpunkte</b>	<b>Fläche</b>	<b>Flächenpunkte</b>
Straßen AStadtweg≡, AAm Siegenberg≡ und AOberschelder Straße≡	0	3.615 m <sup>5</sup>	0
Öffentliche Grünfläche als gärtnerische Anlage	3	301 m <sup>5</sup>	903
Straßenbegleitgrün	2,5	150 m <sup>5</sup>	375
Wirtschaftswege östl. Am Siegenberg, Haus-Nr. 11 und in Verlängerung Stadtweg	2	180 m <sup>5</sup>	360
Bebaute Grundstücke Stadtweg, Haus-Nr. 7 und Am Siegenberg, Haus-Nr. 1, 3, 5, 7, 9 und 11 <sup>1)</sup>	-	4.560 m <sup>5</sup>	-
Grünfläche des bebauten Grundstückes Stadtweg, Haus-Nr. 7	4	200 m <sup>5</sup>	800
Rückwärtige Grünbereiche (landwirtschaftliche Flächen) der bebauten Grundstücke Am Siegenberg, Haus-Nr. 3, 5 und 7	4	2.380 m <sup>5</sup>	9.520
Neubaugebiet östlich der Straße AAm Siegenberg≡, versiegelt	0	3.587 m <sup>5</sup>	0
Neubaugebiet, Nutzung als Garten-/Grünland	3,5	3.587 m <sup>5</sup>	12.554,5
Ausgleichsflächen, gestufter Waldaufbau	5,5	5.675 m <sup>5</sup>	31.212,5
RWE-Grundstück	0	15 m <sup>5</sup>	0
<b>Gesamt</b>		<b>24.250 m<sup>5</sup></b>	<b>55.725</b> (100 % vom Ist-Zustand)

<sup>1)</sup> vorhandene schon bebaute Flächen ohne Bewertung

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung und ein Umweltbericht i. S. d. Gesetzes zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz (UVPG) ist nicht erforderlich, da die in der Anlage 1 (Liste AUVP-pflichtige Vorhaben) zu § 17 UVPG enthaltenen Grenzwerte nicht erreicht werden.

## **7. Bergbauliche Belange**

Das Plangebiet liegt über zwei inzwischen erloschenen Bergwerks-Längensfeldern. Außerhalb des Bebauungsplangebietes liegt der Grundstollen eines der Bergwerksfelder, der sich vom Plangebiet fort nach Südwesten erstreckt. Weitere Eintragungen sind in den den Vertretern bergbaulicher Belange vorliegenden Unterlagen, die aufgrund von Kriegseinwirkungen unvollständig oder verloren gegangen sind, nicht vorhanden. Es wird daher vorsorglich auf das mögliche Vorhandensein alter, oberflächennaher, den Vertretern bergbaulicher Belange nicht bekannter Grubenbaue hingewiesen. Im Bebauungsplan ist das gesamte Plangebiet als Fläche gekennzeichnet, unter der der Bergbau umgegangen ist. Sollte bei der Durchführung von Bauvorhaben im Bebauungsplangebiet auf Anzeichen ehemaliger bergbaulicher Aktivitäten gestoßen werden, ist unverzüglich das Bergamt Recklinghausen, Reitzensteinstraße 28 - 30, 45657 Recklinghausen, zu unterrichten. Für den Fall bergbaulicher Vorbelastung sind besondere Sicherungsmaßnahmen an dem konkreten Standort des Bauvorhabens durchzuführen.

## **8. Denkmalschutz und Denkmalpflege**

Denkmalpflegerische Belange werden nicht berührt.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d. h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Gemeinde als Unterer Denkmalbehörde und/oder dem Westfälischen Museum für Archäologie/Amt für Bodendenkmalpflege, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/93750; Fax: 02761/2466) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 15 u. 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DSchG NW).

## **9. Lokalklimatische Verhältnisse**

Im Gutachten zum Stadtklima in Siegen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) aus dem Jahre 1993 ist der Siedlungsbereich einschließlich geplanter Neubebauung nicht als lokalklimatisch bedeutsame Fläche aufgeführt. Klimatologisch negative Auswirkungen durch die Aufstellung des Bebauungsplanes sind nicht zu erwarten.

## 10. Immissionsschutz

Die Neubauflächen des Bebauungsplanes werden über die schon vorhandenen Straßen A Stadtweg $\equiv$  und A Am Siegenberg $\equiv$  erschlossen.

Die Wohnbauflächen des Bebauungsplangebietes beginnen in einem Abstand von ca. 70 m von der Oberschelder Straße (L 907). Die Autobahn A 45 - Sauerlandlinie - hat vom Nordostrand des Plangebietes einen Abstand von ca. 720 m. Zwischen A 45 und Bebauungsplangebiet liegen ausgedehnte Waldflächen.

Gewerbebetriebe im näheren Umfeld des Plangebietes mit auf das Plangebiet einwirkenden Betriebsgeräuschen sind nicht vorhanden.

Zur Einschätzung des Einwirkens von Straßenverkehrsgeräuschen auf die Wohnbebauung des Bebauungsplangebietes wurde durch den RW TÜV Essen ein Lärmgutachten erstellt.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass der nach der DIN 18005 - Schallschutz im Städtebau - wünschenswert einzuhaltende Lärmwert (Orientierungswert) für WA-Gebiete von 55 dB(A) tags zwischen 3 und 4 dB(A) unterschritten wird. Der Orientierungswert nachts von 45 dB(A) wird zwischen 1 und 2 dB(A) geringfügig überschritten. Die Überschreitung ergibt sich im Wesentlichen durch den von der A 45 ausgehenden Verkehrslärm.

Zur Berücksichtigung des Immissionsschutzes werden im Bebauungsplan die Bereiche mit Überschreitungen der Orientierungswerte um bis zu 3 dB(A) gekennzeichnet. Die Kennzeichnung ist eine Empfehlung an den Bauherrn, im eigenen Interesse für ausreichenden Schallschutz zu sorgen. So kann die Einhaltung des Orientierungswertes im Gebäudeinneren bereits durch den heutzutage üblichen Einbau von Fenstern mit Doppelverglasung erreicht werden.

## 11. Versorgung mit Gas, Wasser, Strom und Fernmeldewesen

Der Anschluss der geplanten Neubebauung an das vorhandene Leitungsnetz ist möglich. Ggf. müssen vorhandene Leitungen verlegt bzw. neu dimensioniert werden.

## 12. Entsorgung der Neubauflächen des Bebauungsplangebietes (Schmutz- und Regenwasser), Erdaushub bei Baumaßnahmen, Müllentsorgung

Die vorhandene Bebauung an der Straße A Am Siegenberg $\equiv$  ist abwassertechnisch erschlossen. Schmutz- und Regenwasser werden über Mischkanalisation entsorgt. Im genehmigten Zentralabwasserplan (ZAP) der Stadt Siegen ist das Neubaugebiet nicht berücksichtigt. Die zusätzlichen Schmutzwassermengen der geplanten Neubebauung können von der vorhandenen Kanalisation aufgenommen werden. Dazu muss ein ca. 180 m langer Kanal in der Straße A Am Siegenberg $\equiv$  verlegt und an die vorhandene Kanalisation angeschlossen werden.

Bezüglich der Niederschlagswasserentsorgung der Neubauflächen ist der § 51 a Landeswassergesetz zu beachten, wonach Niederschlagswasser von Grundstücken die erstmals bebaut, befestigt oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, vor Ort zu versickern, zu verrieseln oder ortsnah in ein Gewässer einzuleiten sind.

Eine diesbezügliche Untersuchung hat ergeben, dass die Wasserdurchlässigkeit des Geländes gegeben ist und keine generellen Gründe vorliegen, welche der Versickerung von unbelastetem Oberflächenwasser entgegenstehen. Unter Berücksichtigung der Topographie des Geländes ist eine dezentrale Versickerung von Oberflächenwasser auf den einzelnen Neubaugrundstücken über Rigolen möglich, die am zweckmäßigsten zwischen der Verkehrsfläche Am Siegenberg und der Neubebauung angelegt werden.

Bei einer zu entwässernden Fläche von z. B. 200 m<sup>2</sup> muss zur schadlosen Entwässerung eine Rigole von 8,70 m Länge, 0,80 m Breite und 4,00 m Tiefe hergestellt werden. Der Aufbau einer solchen Entwässerungsanlage ist in der nachfolgenden Prinzipskizze dargestellt.

Die Rigole muss mind. 2,00 m von der Grundstücksgrenze des Nachbarn und wenigstens 6,00 m von unterkellerten Gebäuden entfernt sein, wenn die Unterkellerung nicht wasserdicht ausgeführt wurde. Der Abstand zu unterkellerten Gebäuden lässt sich einhalten. Bei durch die Umlegung entstehenden Grundstücksbreiten von 16,00 m bis 17,00 m lassen sich die Kriterien Rigolenlänge und Abstand zum Nachbargrundstück ebenfalls einhalten.

Die Rigole muss aufgrund der Baugrundbeschaffenheit etwa 2,60 m bis 2,80 m tief in Fels (verwitterter Schluffstein mit Sandsteinanteilen) eingelassen werden. Das von der Straße AAm Siegenberg abzuführende Niederschlagswasser wird zum Teil in die Mischkanalisation eingeleitet; zum Teil versickert es über Regenwassereinfläufe in den Untergrund. Im Zuge des Ausbaues der Straße AAm Siegenberg sollte vorgesehen werden, zweckmäßigerweise das gesamte Niederschlagswasser über die Kanalisation zu entsorgen.

Zur Vermeidung überschüssigen Erdmaterials ist vorrangig ein Massenausgleich anzustreben. Dennoch anfallender überschüssiger Erdaushub ist in rechtlich zulässiger Weise zu verwerten oder auf einer abfallrechtlich zugelassenen Deponie innerhalb des Kreisgebietes zu beseitigen. Zur ordnungsgemäßen Müllentsorgung wird in der Straße AAm Siegenberg $\cong$  im Bereich der Nahtstelle Wendehammer / Zufahrt zu den bebauten Grundstücken Am Siegenberg Haus-Nr. 15, 16, 18, 20, 24 und 26 für die v. g. Häuser eine Entsorgungsfläche festgesetzt, auf der am Tage der Abfuhr die Müllbehälter / gelben Säcke zu stationieren sind.

### **13. Bodenbelastung und Wasserläufe**

Verdachtsmomente für eine Belastung der Böden des Bebauungsplangebietes durch Altlasten liegen nicht vor.

Am nördlichen Rand des Bebauungsplangebietes - zum Teil auch innerhalb - verläuft ein namenloses Gewässer. Das Gewässer ist teilweise verrohrt und fließt in südwestlicher Richtung in eine Teichanlage. Zur Gewährleistung der naturnahen Entwicklung und zur Unterhaltung des Gewässers ist beiderseits des Wasserlaufes ein 5,00 m breiter Schutzstreifen von baulichen Anlagen, Nebenanlagen und Geländeaufhöhungen freizuhalten.

### **14. Ordnung des Grund und Bodens**

Die Flächen des Bebauungsplangebietes befinden sich zu rd. 18 % (4.415 m<sup>2</sup>) in städt. Eigentum. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Wegeparzellen. Die restlichen Flächen (rd. 19.835 m<sup>2</sup>) sind Privateigentum. Zur Realisierung des Bebauungsplanes ist gemäß Baugesetzbuch (BauGB) eine Umlegung erforderlich. Ferner können gemäß BauGB auch Maßnahmen wie Ausübung des Vorkaufsrechtes, Grenzregelung oder Enteignung, in Betracht kommen.

### **15. Kosten**

Die überschläglich ermittelten Kosten für die städtebaulichen Maßnahmen zur Realisierung des Bebauungsplanes betragen voraussichtlich 0,48 Mio. €. Darin enthalten sind der Straßenbau mit Beleuchtung und Begrünung, Ausgleiche für Eingriffe in Natur und Landschaft durch Verkehrsflächen und der Kanalbau.

Die Mittel zur Finanzierung der anteiligen öffentlichen Kosten sind im Haushalt der Stadt Siegen bereitzustellen.

Die Kosten für den Bau und den Versiegelungsausgleich der Verkehrsflächen werden durch Erschließungsbeiträge refinanziert.

Ausgleichskosten für die Versiegelung durch Bauflächen entstehen im Bereich der Neubaufächen östlich der Straße AAm Siegenberg $\cong$ . Sie sind, da der Ausgleich auf privaten Grünflächen stattfindet, von den Grundstückseigentümern der Neubaufächen zu tragen.

Die Kosten für den Bau der Rigolen auf den Neubaufächen sind ebenfalls von den Grundstückseigentümern der Neubaufächen zu tragen.

## 16. Städtebauliche Daten

1. Fläche des Geltungsbereiches (Plangebiet)	24.250 m <sup>2</sup>
2. Wohnbauflächen gesamt	11.734 m <sup>2</sup>
a) Wohnbauflächen (Bestand)	4.560 m <sup>2</sup>
b) Wohnbauflächen (Neubaugebiet)	7.174 m <sup>2</sup>
3. Fläche für Versorgungsanlagen (RWE)	15 m <sup>2</sup>
4. Verkehrsflächen mit Standplatz für Müllbehälter und gelbe Säcke und Wirtschaftswege	3.795 m <sup>2</sup>
5. Straßenbegleitgrün	150 m <sup>2</sup>
6. Öffentliche Grünfläche als gärtnerische Anlage	301 m <sup>2</sup>
7. Ausgleichsfläche für Verkehrsflächen	2.292 m <sup>2</sup>
8. Ausgleichsfläche für Neubauflächen	3.383 m <sup>2</sup>
9. Private Grünfläche	200 m <sup>2</sup>
10. Landwirtschaftliche Flächen	2.380 m <sup>2</sup>
11. Vorhandene Wohneinheiten	ca. 10
12. Wohneinheiten im Bereich der Neubauflächen	ca. 15
13. Mögliche Einwohnerzahl	75 EW (30 vorh.)
Netto-Dichte in WE/ha	20 WE/ha
Netto-Dichte in EW/ha	61 EW/ha



**Hinweis:**

Auf dem an die Straße AAm Siegenberg $\cong$  angrenzenden Westhang hat eine Endnutzung von Waldbeständen stattgefunden. Der außerhalb des Bebauungsplangebietes liegende Teil des Westhanges bleibt Wald im Sinne des Forstgesetzes und ist durch die Grundstückseigentümer wieder aufzuforsten.

**Gestaltungsvorschriften:**

Gestaltungsvorschriften für das Bebauungsplangebiet sind in einer gesonderten Satzung erlassen.

Siegen, 22.07.2002

Stadt Siegen  
Fachbereich 7 / Stadtplanung  
I. A.

Bearbeitet von :  
Fachbereich 7 / Stadtplanung  
Ulrich Thümmeler

Ulrike Rohr

# Erläuterungsbericht

## zur 45. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Siegen

### 1. Plangebiet

Das Plangebiet liegt im Stadtteil Siegen-Oberschelden Gemarkung Oberschelden Flur 2 und erfasst teilweise die an der Straße AAm Siegenberg≡ gelegenen Flurstücke 23, 24, 25, 26, 29, 30, 33, 34, 35, 36, 40, 41, 42, 110, 111, 127, 128, 129, 131, 133, 145 sowie das an der Straße AStadtweg≡ gelegene Flurstück 144.

Die Größe des Plangebietes beträgt 1,33 ha.

Als Ergänzung zur Plangebietsbeschreibung ist im nachstehenden Lageplan der Änderungsbereich umgrenzt.

## 2. Planungsanlass und Zielsetzung der Flächennutzungsplanänderung

Das Plangebiet der Änderung ist im wirksamen Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen als Fläche für die Landwirtschaft und Fläche für die Forstwirtschaft dargestellt und liegt an den Straßen AStadtweg≡ und AAm Siegenberg≡.

Der Plangebietsteil östlich der Straße AAm Siegenberg≡ ist planungsrechtlich dem städtebaulichen Außenbereich gem. § 35 BauGB zuzuordnen. In dem am Stadtweg gelegenen Plangebietsteil wurde nach § 35 (2) - Bauen im Außenbereich - ein Wohnhaus zugelassen.

Die Stadt Siegen beabsichtigt, zur Deckung der Nachfrage nach Einfamilienhäusern den Plangebietsteil östlich der Straße AAm Siegenberg≡ einer Bebauung zuzuführen. Dazu bedarf es unter Einbeziehung der umgebenden Bebauung der Aufstellung eines Bebauungsplanes (BP Nr. 315 AAm Siegenberg≡).

Damit der Bebauungsplan aus dem FNP entwickelt werden kann, ist eine Flächennutzungsplanänderung erforderlich.

Beide Planverfahren werden parallel betrieben.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes entstehen ca. 11 Baugrundstücke.

## 3. Nutzungsänderungen im Gebiet der 45. FNP-Änderung

- a) In dem am Stadtweg gelegenen Plangebietsteil wird in Anpassung an die tatsächliche Nutzung die bisherige Nutzungsdarstellung AFläche für die Landwirtschaft≡ in AAllgemeines Wohngebiet≡ geändert.
- b) In dem östlich der Straße AAm Siegenberg≡ gelegenen Plangebietsteil wird die bisherige Nutzungsdarstellung AFläche für die Forstwirtschaft≡ und AFläche für die Landwirtschaft≡ in AAllgemeines Wohngebiet≡ und AGrünfläche≡ (als Ausgleichsfläche) geändert.  
Die Verwendung der Grünfläche als Ausgleichsfläche wird im Bebauungsplan Nr. 315 AAm Siegenberg≡ (verbindlicher Bauleitplan) geregelt, dessen Aufstellungsverfahren parallel zur Flächennutzungsplanänderung betrieben wird. Eine Darstellung der Grünfläche als Ausgleichsfläche in der Flächennutzungsplanänderung ist daher entbehrlich.

## 4. Landschaftsplanung / Stadtbild

In den vorhandenen Naturraum wird durch das Neubaugebiet östlich der Straße AAm Siegenberg≡ und durch den erforderlichen verkehrsgerechten Ausbau der Straßen AStadtweg≡ und AAm Siegenberg≡ eingegriffen. Dieser Eingriff ist zu bewerten und in dem gesetzlich geforderten Umfang durch geeignete Maßnahmen auszugleichen.

Bei dem Neubaugebiet handelt es sich um einen artenarmen Fichtenbestand (ca. 12.000 m<sup>5</sup>), der abgeholzt worden ist. Der Straßenausbau erstreckt sich auf unbefestigte Randstreifen, teilweise mit Straßenrandgrün durchsetzt, einige Einzelbäume im Bereich der geplanten Wendeanlage sowie Rasenflächen in der geplanten Verlängerung des Stadtweges.

Der Ausgleich des Eingriffes erfolgt im Plangebiet des Bebauungsplanes in der Weise, dass

- & ein Teil der abgeholzten Fläche durch gestuften Waldaufbau mit Büschen und kleinkronigen Bäumen zum bestehenden Waldrand in höherwertige Pflanzungen umgewandelt wird;
- & auf den Neubaugrundstücken Garten-/Grünland angelegt wird, das mit standortheimischen Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen ist.

Die Bilanz aus Ist- und Planzustand ist zu 100 % ausgeglichen.

Die Ausgleichsmaßnahmen stehen in einem angemessenen Verhältnis zur Baulandausweisung und sind naturschutzrechtlich und städtebaulich sinnvoll.

Die Ausgleichsmaßnahmen für das am Stadtweg gelegene Wohnhaus wurden gemäß Auflagen zur Baugenehmigung auf dem Baugrundstück selbst durchgeführt.

Durch die geplante Neubebauung wird die vorhandene Bebauung komplettiert. Das Orts- und Straßenbild wird nicht beeinträchtigt.

## **5. Immissionsschutz**

Gewerbliche Geräuschemissionen wirken auf das Plangebiet der Flächennutzungsplanänderung nicht ein. Hinsichtlich Straßenverkehrsgeräuschen wurde festgestellt, dass die wünschenswert einzuhaltenden Orientierungswerte der DIN 18005 - Schallschutz im Städtebau - nachts geringfügig überschritten werden. Die erforderliche Kennzeichnung dieser Bereiche geschieht im verbindlichen Bauleitplan (Bebauungsplan Nr. 315).

## **6. Altlasten**

Verdachtsmomente für eine Belastung der Böden im Plangebiet durch Altlasten liegen nicht vor.

## **7. Bergbauliche Belange**

Das Plangebiet liegt über zwei inzwischen erloschenen Bergwerks-Längsfeldern. Von den Vertretern bergbaulicher Belange wird vorsorglich auf das mögliche Vorhandensein oberflächennaher, ihnen nicht bekannter Grubenbaue hingewiesen. Bezüglich des Bergbaues erfolgt im Bebauungsplan eine entsprechende Kennzeichnung.

## **8. Denkmalschutz und Denkmalpflege**

Denkmalpflegerische Belange werden nicht berührt. Beim Auftreten archäologischer Bodenfunde und Befunde ist die Gemeinde als AUntere Denkmalbehörde und/oder das Westfälische Museum für Archäologie, Amt für Bodendenkmalpflege, unverzüglich zu informieren.

Siegen, 22.07.2002

Stadt Siegen  
Fachbereich 7 / Stadtplanung  
I. A.

Bearbeitet von :  
Fachbereich 7 / Stadtplanung  
Ulrich Thümmeler

Ulrike Rohr

# Satzung vom der Stadt Siegen

über die örtlichen Bauvorschriften (Gestaltungsvorschriften) für den Bebauungsplan Nr. 315 "Am Siegenberg" in Siegen-Oberschelden

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 475 / SGV NW 2023) und des § 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NW) in der Fassung vom 01.03.2000 (GV NW S. 256 / SGV NW 232) hat der Rat der Stadt Siegen am diese örtlichen Bauvorschriften gemäß § 86 BauO NW als Satzung beschlossen.

## § 1

## Räumlicher Geltungsbereich

Die Satzung umfasst das Neubaugebiet des Bebauungsplanes Nr. 315 "Am Siegenberg".

Zur besseren Übersicht ist in dem nachstehenden Plan innerhalb des Bebauungsplanes der Geltungsbereich der örtlichen Bauvorschriften mit einer Schraffur gekennzeichnet.

## § 2

### Sachlicher Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für bauliche Anlagen sowie andere Anlagen und Einrichtungen im Sinne des § 1 BauO NW.

## § 3

### Allgemeine Anforderungen

Nebenanlagen haben sich unterzuordnen.

## § 4

### Äußere Gestaltung der baulichen Anlagen

1. Dächer : Für die Hauptgebäude im Neubaugebiet sind nur Satteldächer und Walmdächer mit einer Dachneigung von 25° - 45° zulässig. Für Garagen und sonstige eingeschossige Nebengebäude sind auch Flachdächer zulässig.
2. Dachaufbauten : Dachaufbauten sind mit einer Minstdachneigung von 20° zu versehen. Sie müssen von den Giebelaußenwänden mind. 1,50 m entfernt sein und dürfen nicht bis zum Hausfirst hochgezogen werden.  
Die Gesamtbreite der Dachaufbauten je Dachfläche darf insgesamt 1/3 der darunter liegenden Außenwandbreite betragen.
3. Drempel : Drempel sind nur bis 0,80 m Höhe - gemessen von Oberkante Rohdecke Erdgeschoss bis Unterkante Fußpfette - zulässig.  
Die Fußpfette darf in ihren Abmessungen nicht höher als statisch erforderlich sein.
4. Farbtöne der Dacheindeckung : Bei den geeigneten Dächern ist - außer bei Solar-, Glas- und Gründächern - als Dacheindeckung nur Material der Farbtonung grau und braun zulässig.  
Als Grauton ist mind. lichtgrau nach RAL 7035 oder dunkler, als Brauton ist mind. ockerbraun nach RAL 8001 oder dunkler zu wählen.

- 
5. Bau- u. Fassadengestaltung : Blockhäuserfassaden und Blockhauselemente sind unzulässig. Fassadenverkleidungen aus Bitumen- oder Kunststoffmaterial, Spiegelglas und glänzenden Metallen sind nicht zulässig. Aufgemaltes Fachwerk und aufgeklebte Gliederungen sind nicht zulässig.



## **§ 5**

### **Begrünung, Bepflanzung, Einfriedungen**

1. Die nicht überbauten Grundstücksflächen sind außer den Zufahrten, Pkw-Stellplätzen, Wegen und Terrassen zu begrünen.
2. Einfriedungen sind nur als standortgerechte Hecken aus Laubgehölzen und als Holzzäune zulässig. Maschendrahtzäune sind in Verbindung mit Hecken zulässig, jedoch ist ein ausreichender Bodenabstand von mind. 20 cm einzuhalten, damit die Zäune keine Wanderbarriere für Kleintiere darstellen.  
Die Höhe der Einfriedung darf max. 1,20 m betragen.
3. An der Nachbargrenze sind geschlossene Terrassenabgrenzungen nur im unmittelbaren Anschluss an die Bebauung bis zu einer Höhe von 2,00 m und einer Länge bis zu 4,00 m zulässig. Sie sind mit standortgerechten Rank- oder Kletterpflanzen zu begrünen.
4. Ausnahmsweise zulässig sind Mauern bis zu einer Höhe von 0,60 m über dem natürlichen Gelände zur Abfangung von Geländeunterschieden. Die Mauern sind zu begrünen.

## **§ 6**

### **Ordnungswidrigkeiten**

Ordnungswidrig im Sinne des § 84 Abs. 1 Nr. 21 BauO NW handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 4 Ziff. 1 - 5

- für die Hauptgebäude andere Dächer als Satteldächer, Walmdächer und versetzte Pultdächer mit einer Dachneigung von 25° - 45° bzw. im Bereich der Fläche für den Gemeinbedarf auch Flachdächer vorsieht,
- Dachaufbauten mit einer Dachneigung unter 20° vorsieht, bei den Dachaufbauten keinen Abstand von 1,50 m zu den Giebelaußenwänden einhält, diese bis zum Hausfirst hoch zieht und für Dachaufbauten eine Gesamtbreite von über 1/3 der darunter liegenden Außenwandbreite vorsieht,
- höhere Drempele als 0,70 m - gemessen von Oberkante Rohdecke Erdgeschoss bis Unterkante Fußpfette - vorsieht,
- Dacheindeckungsmaterialien in anderen Farbtönen als in Grau- und Brauntönen vorsieht,
- Blockhäuserfassaden und Blockhauselemente, Fassadenverkleidungen aus Bitumen- oder Kunststoffmaterial sowie Spiegelglas und glänzenden Metallen, aufgemaltes Fachwerk und aufgeklebte Gliederungen verwendet;

2. entgegen § 5 Ziff. 1 - 4

- die nicht überbauten Grundstücksflächen nicht begrünt,
- als Grundstückseinfriedungen andere als standortgerechte Hecken aus Laubgehölzen und Holzzäune vorsieht, Maschendrahtzäune nicht in Verbindung mit Hecken und ohne einen ausreichenden Bodenabstand von mind. 20 cm vorsieht und die max. Höhe der Einfriedigungen von 1,20 m nicht einhält,
- Terrassenabgrenzungen an der Nachbargrenze höher als 2,00 m und länger als 4,00 m vorsieht, diese nicht im unmittelbaren Anschluss an die Bebauung errichtet und nicht mit standortgerechten Rank- oder Kletterpflanzen begrünt,
- höhere Mauern als 0,60 m über dem natürlichen Gelände vorsieht und diese nicht begrünt.

## § 7

### In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach der ortsüblichen Bekanntmachung in Kraft.

#### Begründung:

Das Neubaugebiet des Bebauungsplanes Nr. 315 "Am Siegenberg" östlich der Straße "Am Siegenberg" vervollständigt die dort vorhandene Bebauung, deren Dachlandschaft unterschiedliche Dachformen, wie z. B. Sattel-, Krüppelwalm-, Flach- und versetztes Pultdach mit unterschiedlichen Dachneigungen aufweist. Einige Gebäude sind mit Dachgauben von untergeordneter Bedeutung versehen. Als Dacheindeckung wurde überwiegend graues und braunes Material verwendet.

In unmittelbarer Umgebung des Neubaugebietes dominiert die Dachform Satteldach.

Um die nach dem Bebauungsplan Nr. 315 "Am Siegenberg" mögliche neue Bebauung einzupassen, werden örtliche Bauvorschriften gemäß § 86 Landesbauordnung Nordrhein-Westfalen als eigenständige Gestaltungssatzung für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes festgesetzt.

Da die Dachlandschaft ein entscheidendes Gestaltungselement für ein harmonisches Erscheinungsbild eines Baugebietes - besonders in Hanglage - ist, wurden verschiedene Festsetzungen zu Dachform, Dachneigung, Größe und Proportionen von Dachaufbauten sowie Farbtönen der Dacheindeckung getroffen, die den Bauherren einerseits einen individuellen Gestaltungsspielraum lassen, andererseits aber eine einheitliche "Linie" gewährleisten (§ 4 Nr. 1, 2 und 4 der Satzung).

Die Festlegung der zulässigen Drempeelhöhe unterstützt das ortstypische Erscheinungsbild der Wohnhäuser und fixiert die Höhenentwicklung (§ 4 Nr. 3 der Satzung).

Die Gestaltung der Fassaden und besonders Farb- und Materialwahl geben einem Wohngebiet eine prägende Gestaltung. Deshalb wurden Fassadenmaterialien, die in der Siegener Umgebung völlig untypisch sind, ausgeschlossen (§ 4 Nr. 5 der Satzung).

Ein einheitliches Erscheinungsbild - insbesondere der Einfriedung der Vorgärten - fördert den harmonischen Gesamteindruck des Straßenraumes und somit des gesamten Wohngebietes. Darüber hinaus soll der Eindruck eines zusammenhängenden Grünbereiches der privaten Gartenflächen nicht durch unverhältnismäßig hohe Barrieren unterbrochen werden. Aus diesem Grunde wurden Regelungen für die privaten Einfriedungen - auch unter Beachtung der wegen der nahen Waldflächen auftretenden Kleintierwanderung - festgesetzt (§ 5 Nr. 2 der Satzung). Der Versiegelungsgrad der Grundstücksfreiflächen soll minimiert werden und geschlossene Terrassenabgrenzungen begrenzt werden, um zusammenhängende Grünflächen der Gärten zu ermöglichen und unnötige "Einmauerungen" der Baugrundstücke zu verhindern (§ 5 Nr. 1 und 3 der Satzung). Die Höhe von Mauern und ihr Einsatz auf den Grundstücken wird geregelt, um ein "Zubetonieren" der Grundstücke zu verhindern (§ 5 Nr. 4 der Satzung).

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 7 / Stadtplanung  
Bearbeitet von: Herrn Brede

Datum  
19.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Bauausschuss</b>	<b>02.09.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>11.09.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>25.09.2002</b>

Betreff:

### **I. Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost";**

- hier:** ➤ **Ergänzungsvorlage der Verwaltungsvorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002**
- **Auf § 31 GO NW wird hingewiesen**
  - **Teilung des Bebauungsplangebietes in Teil A (östlicher Teil) und Teil B (westlicher Teil)**
  - **Beschluss des Bebauungsplangebietes Nr. 247 "Giersberg-Ost" Teil A als Satzung**

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, die Beschlussvorschläge Ziff. 1.3 und 1.4 der Vorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002 nicht zu beschließen.
2. Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Anschluss an die Beschlüsse 1.1, 1.2 sowie 1.5 der Vorlage Nr. 1854 / 2002 vom 25.02.2002
  - 2.1 das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" in die Teile A (östlicher Teil) und B (westlicher Teil) gemäß Anlage 1 (Lageplan) zu teilen;
  - 2.2 den Bebauungsplan "Giersberg-Ost" Teil A (östlicher Teil) gemäß § 10 Bau-gesetzbuch als Satzung.

## Sachverhalt / Begründung:

Das Verwaltungsgericht Arnsberg hat in seinem Beschluss vom 21.05.2002 die aufschiebende Wirkung der Klage des Antragstellers (Naturschutzbund Deutschland - NABU) wiederhergestellt. Somit ist die am 24.01.2002 angeordnete sofortige Vollziehung des Ausnahmebescheides des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 07.09.2001 aufgehoben.

Die Stadt Siegen geht davon aus, dass eine vollziehbare Ausnahmegenehmigung Voraussetzung ist für die Rechtssicherheit des Bebauungsplanes und dass nicht dem späteren Bauherrn die Einholung der Ausnahmegenehmigung für sein Vorhaben "Hausbau" obliegt.

Hierbei könnte es zu einem unkalkulierbaren Haftungsrisiko für die Stadt Siegen als Satzungsgeber kommen.

Seitens der Stadt Siegen wird auch unter Berücksichtigung des Verwaltungsgerichts-Urteils vom 21.05.2002 (Eilverfahren) die Auffassung vertreten, dass ein Satzungsbeschluss für den westlichen Teil des Planbereiches nur gefasst werden kann, wenn eine Vollziehbarkeit der Ausnahmegenehmigung des Kreises Siegen-Wittgenstein gegeben ist.

Deshalb wird für den unbestrittenen östlichen Teil des Plangebietes ohne Biotop der Satzungsbeschluss vorgeschlagen.

Die Teilung des Gebietes erfolgt unter dem Aspekt der unbestimmten Zeitschiene für das Klageverfahren beim Verwaltungsgericht Arnsberg, dem für die Ausnahmegenehmigung aufschiebende Wirkung zukommt.

Ziel der Stadt Siegen ist weiterhin, für das gesamte Plangebiet Satzungsrecht zu erreichen. Mit dieser Maßgabe sollte das verwaltungsgerichtliche Verfahren fortgesetzt werden.

Durch die vorgeschlagenen Verfahren kann dem Verwaltungsgericht Arnsberg verdeutlicht werden, dass die Stadt Siegen ein ernsthaftes Interesse daran hat, zumindest kurzfristig einen großen Teil des geplanten Baugebietes zu realisieren, ohne damit die Gesamtplanung aufgeben zu wollen.

Die mit der Teilung des Plangebietes verbundenen Nachteile, die sich im Plangebiet Teil A (östlicher Teil) ergeben, sind für eine Interimszeit bis zur Realisierung der Gesamtplanung "Giersberg-Ost" hinnehmbar.

Die vorgesehene Teilrealisierung des Plangebietes wird jedenfalls dazu führen, dass die im Vordergrund stehenden bevölkerungspolitischen Aspekte im positiven Sinn gefördert werden.

## Verkehrerschließung

Die Erschließung des östlichen Teils erfolgt - wie in der Begründung ausgeführt - über die Planstraße 1, die im Norden an die Giersbergstraße (K 5) mit einem Kreiselschienenanschluss angeschlossen wird.

Da nach der Teilung vorläufig keine Durchfahrtsmöglichkeit für den Fahrzeugverkehr mehr besteht, wird die Planstraße 1 mit einer provisorischen Wendefläche versehen unter teilweiser Inanspruchnahme der Stellplätze vor dem geplanten Kindergarten und ca. 100 m<sup>2</sup> der Kindergartenfläche.

### Eingriffe in Natur und Landschaft

Die Ausgleichsregelung für den Gesamtplan bleibt von der Teilung unberührt, da für den Teil A (östlicher Teil) die Abgrenzung und Zuordnung der Ausgleichsflächen und Maßnahmen so gewählt ist, dass im Teil A ein entsprechendes Ausgleichsverhältnis wie im Gesamtplan besteht.

### Ver- und Entsorgung

Die geplante Versorgung des Plangebietes Teil A (östlicher Teil) erfolgt - wie in der Begründung beschrieben - durch Anschluss an die vorhandenen Netze. Das geplante Entwässerungskonzept sah bereits eine separate Entwässerung der östlichen und westlichen Planbereiche vor.

Somit ändert sich an diesem Konzept nichts; das in der Begründung beschriebene System wird beibehalten.

### Kosten für Teil A (östlicher Teil)

Die überschlägig ermittelten Kosten für die städtebaulichen Maßnahmen zur Realisierung dieses Bebauungsplanes betragen voraussichtlich 5,9 Mio. €. Darin enthalten ist der Straßenbau mit Beleuchtung und Begrünung, der Kanalbau und der Ausbau der Ausgleichsflächen (jeweils ohne Grundstückswert). Die Mittel zur Finanzierung des Stadtanteiles sind im Haushaltsplan bereitzustellen. Der verbleibende Kostenanteil wird durch Erschließungsbeiträge und durch Ausgleichszahlungen zu decken sein.

Die Ausgleichskosten für die Versiegelung der Verkehrsflächen werden im Rahmen der Erschließungsbeiträge refinanziert. Für die Erhebung der Ausgleichszahlungen für die Versiegelung der Bauflächen ist nach der beschlossenen Satzung gemäß § 135 c BauGB vom 03.12.2001 zu verfahren.

### Flächenaufteilung / städtebauliche Daten

<i>Gesamtplangebietsgröße</i>	<i>37,2 ha</i>
-------------------------------	----------------

Teil A (östlicher Teil)	24,6 ha
Teil B (westlicher Teil)	12,6 ha

### *Wohneinheiten (WE) östlicher Teil*

eingeschossig	132 WE
zweigeschossig	<u>215 WE</u>
	347 WE

Neue Wohnbaufläche	96.500 m <sup>2</sup>	278 m <sup>2</sup> /WE
Wohneinheiten	347 WE	

Die Angaben in Prozent der Flächenanteile für das gesamte Plangebiet gelten nicht für die Teilbereiche. Hier gibt es Verschiebungen innerhalb der Bereiche.

An der Planstraße 1 wird im Norden ein Wertstoffdepot errichtet.

Die mit der Gebietsteilung verbundene Reduzierung des geplanten Straßennetzes führt nicht zu einer Änderung der Grundzüge der Planung im Sinne des Städtebaurechtes, so dass auf eine erneute Offenlegung des Planentwurfes verzichtet werden kann.

Soweit Anregungen von Trägern öffentlicher Belange (TÖB) und Privaten für den Gesamtplan (Teile A und B) gegeben worden sind, gelten diese auch für das Teilplangebiet A (östlicher Teil). Ausgenommen hiervon sind lediglich die Anregungen, die ausschließlich den Biotopschutz im Planbereich B (westlicher Teil) betreffen.

Der Verwaltungsvorschlag zur Berücksichtigung der einzelnen Anregungen gilt insoweit auch für die Beschlussfassung zum Teil A (östlicher Teil).

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer  <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

#### VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--	--	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune  
Stadtbaurat

Anlagen : 1

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 7 / Umwelt  
Bearbeitet von: Herrn Kraft

Datum  
22.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie**

**10.09.2002**

---

Betreff:

**Boden- und Altlastenbericht 2002**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie nimmt den Boden- und Altlastenbericht 2002 der Stadt Siegen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Fortschreibung und Aktualisierung der vorhandenen Daten.

### **Sachverhalt / Begründung:**

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen am 19.03.1998 wurde der erstmalig erstellte Boden- und Altlastenbericht 1997 vorgestellt. Der Bericht enthielt eine umfassende Darstellung des damaligen Sachstandes zum Bodenschutz und zur Altlastensituation im Stadtgebiet. Der Ausschuss nahm den Bericht zustimmend zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung mit der Fortschreibung und der Aktualisierung der vorhandenen Daten.

Der nun vorliegende Altlasten- und Bodenbericht 2002 baut inhaltlich und formal auf dem ersten Bericht auf. Er informiert ergänzend über die seit 1997 durchgeführten Projekte und Maßnahmen und aktualisiert somit die bisherigen Daten und Aussagen. Zu erwähnen sind beispielsweise der erfolgreiche Abschluss der Altlastensanierung des ehemaligen Gaswerkes an der Morleystraße und die aktuelle, voraussichtlich in wenigen Wochen beginnende Sanierung der mit der dioxinhaltigen Kupferschlacke (Kieselrot) belasteten Sportanlagen Glückauf-Kampfbahn und Charlottental.

Weitere Erläuterungen des Berichtes erfolgen bei Bedarf mündlich in der Sitzung. Je ein Exemplar des Berichtes wurde vorab den Mitgliedern des Ausschusses mit der Einladung übersandt.



Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt- bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer  <input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Schul

Anlagen: keine

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 8/2 Stadtreinigung  
Bearbeitet von: Herrn Biedermann

Datum  
17.07.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie**

**10.09.2002**

---

Betreff:

**Einführung eines Biomüllsackes/Aufgabe der Grünabfallcontainersammelstellen  
- Erfahrungsbericht**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie beschließt:

Die Einführung eines Biomüllsackes/Aufgabe der Grünabfallcontainersammelstellen wird entsprechend der Verwaltungsvorlage Nr. 1334/2001 vom 13.07.2001 über die Erprobungsphase fortgeführt.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie hat in seiner Sitzung am 06.09.2001 beschlossen:

1. Die Aufgabe der im Frühjahr und Herbst eingerichteten Sammelstellen zur Erfassung von Baum- und Strauchschnitt zunächst für 2002,
2. die Einführung eines zeitlich zunächst auf das Sommerhalbjahr 2002 befristeten Biomüllsackes,
3. die Abgabe eines Erfahrungsberichtes, der Entscheidungsgrundlage für die evtl. Fortführung des unter Ziff.2 genannten Angebotes ist.

**Ausgangslage**

Im Frühjahr d. J. wurden erstmals seit 1991 keine Grünabfallcontainer mehr für die Abfuhr von Baum- und Strauchschnitt aus Privatgärten aus kosten- und verfahrenstechnischen Gründen im Stadtgebiet aufgestellt. Als teilweisen Ausgleich für die Aufgabe der Grünabfallcontainerstandorte werden dafür seit März 2002 zusätzlich zur Biotonne Biomüllsäcke angeboten. Die Abfuhr der Säcke erfolgt zusammen mit der Biotonne. Bei den Säcken handelt es sich um ca. 70 l – Säcke aus kräftigem weitgehend reißfestem Papier, die bei der Stadtreinigung und den Bürgerbüros gegen eine Gebühr von 1,30 € erworben werden können.

Im Zusammenhang mit dem Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie vom 06.09.2001 wurden mehrere Fragen aufgeworfen:

- Wird der Biomüllsack trotz Kostenpflicht von der Bevölkerung angenommen?
- Nimmt die wilde Grünabfallablagerung aufgrund des Grünabfallcontainerabzugs im Außenbereich zu?
- Wird das Angebot, Baum- und Strauchschnitt gegen Gebühr von der Stadt abfahren zu lassen, verstärkt in Anspruch genommen?

### **Ergebnis**

Die Verwaltung hat diese Fragen mit folgendem Ergebnis geprüft:

- Der Biomüllsack wurde trotz Kostenpflicht von der Bevölkerung gut angenommen. Bis Ende Juni 2002 wurden bereits 2.858 Säcke verkauft. Die seitens der Verwaltung für das Jahr 2002 geschätzte Verkaufszahl von ca. 3.000 Stück ist damit bereits in der ersten Jahreshälfte erreicht worden. Der Verkauf in den Bürgerbüros und bei der Stadtreinigung lief problemlos.  
Negativmeldungen zur Einführung des Biomüllsackes sind bislang so gut wie nicht eingegangen. Positivmeldungen dagegen zahlreich, vor allem von älteren Bürgern, die die ortsnahe Entsorgung begrüßen. Größe (ca. 70 l) und Preis (1,30 €) werden häufig als zu klein bzw. zu teuer bezeichnet.
- Eine signifikante Zunahme von wilden Grünabfallablagerungen konnte gegenüber dem Vorjahr trotz des Abzugs der Grünabfallcontainer in der offenen Landschaft nicht festgestellt werden. Zur Objektivierung der eigenen Kontrollen wurden die Kontrollergebnisse der für das Stadtgebiet zuständigen öffentlich bestellten Landschaftswächter herangezogen. Einhellige Meinung: Keine Zunahme wilder Grünabfallablagerungen.  
Zur Situation in den Waldgebieten wurden die für das Stadtgebiet zuständigen Revierförster befragt. Erwartungsgemäß ergibt sich hier ein differenzierteres Bild:

#### Forstbetrieb Weidenau

Keine Zunahme gegenüber dem Vorjahr. Der Umfang der Ablagerungen ist wie in den Vorjahren, d. h. allgemein auf hohem Niveau.

#### Forstbetriebsbezirk Siegen

Mäßige Zunahme gegenüber dem Vorjahr. Punktuell auch stärkere Ablagerungen.

Forstbetriebsbezirk Eiserfeld

Geringe Zunahme gegenüber dem Vorjahr. Punktuelle Zunahme in den Bereichen der Autobahnzubringer Leimbach und Eisern.

Stadtförsterei Siegen

Keine wesentliche Zunahme gegenüber dem Vorjahr.

Der Umfang der Ablagerungen ist in dem Bereich Wald/Wohnhausbebauung wie in den Vorjahren relativ hoch.

- Die Abfuhr von Baum- und Strauchschnitt von Privatgrundstücken im Frühjahr und Herbst gegen eine Gebühr von 35,00 € wird erwartungsgemäß verstärkt in Anspruch genommen. Wurden im Frühjahr 2001 47 und im Herbst 2001 73 Privatgrundstücke entsorgt, so waren es im Frühjahr 2002 95 Privatgrundstücke. Die Entsorgung in Eigenregie stößt damit an ihre Grenzen. Es wird abzuwarten bleiben, in welchem Ausmaß sich dieser Trend im Herbst d. J. fortsetzt. Ggf. wird die Verwaltung im kommenden Jahr nach anderen Entsorgungsmöglichkeiten Ausschau halten müssen. Dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie wird diesbezüglich zu gegebener Zeit Bericht erstattet.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

I. A.

Bonstein

Anlagen: keine

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich    Eigenbetrieb Entwässerung  
Fachbereich  
Bearbeitet von:    Wolfgang Birkefeld

Datum  
24.06.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie**

**10.09.2002**

---

Betreff:

**Kleinkläranlagenbericht 2002**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Werksausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht 2002 zum derzeitigen Stand und zukünftigen Entwicklung der Kleinkläranlagen zur Kenntnis.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Siehe Bericht

Harms  
Werkleiter

Krüger  
stell. Werkleiter

## Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 7 / Umwelt  
Bearbeitet von: Frau Krämer / Herrn Dr. Kraft

Datum  
19.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie**

**10.09.2002**

---

Betreff:

**Sitzung der städt. Baumkommission am 10.07.2002;  
hier: Beschlussempfehlungen**

---

In der beiliegenden Niederschrift sind die von der städtischen Baumkommission in ihrer Sitzung am 10.07.2002 getroffenen Empfehlungen zur weiteren Behandlung städtischer Bäume und Gehölzflächen aufgeführt.

Sie werden hiermit gemäß § 6 Absatz 4 der „Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Siegen“ vom 16.06.1998 (Baumschutzsatzung) in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 29.11.2001 dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen zur Kenntnis gegeben.

Im Auftrag

Schul

Anlagen: 1



Stadt Siegen  
Fachbereich 7  
Abt. 7/4 - Umwelt  
68.80.07/2.2

Siegen, den 10.07.2002

## **N i e d e r s c h r i f t** **über die 19. Sitzung der städtischen Baumkommission** **am 10.07.2002**

Beginn der Sitzung: 9.00 Uhr  
Ende der Sitzung: 10.45 Uhr

### Teilnehmer:

Herr Schlabach	-	CDU als Vorsitzender
Herr Zips	-	SPD
Herr Vetter	-	UWG
Frau Gelling	-	Bündnis 90 / Die Grünen
Herr Hoffmann	-	BUND
Herr Unterbäumen	-	Fachbereich 8 - Grünflächen
Herr Düber	-	Fachbereich 8 - Grünflächen
Herr Fischer	-	Fachbereich 8 - Grünflächen
Herr Dr. Kraft	-	Fachbereich 7 – Umwelt, zugleich als Schriftführer
Herr Wäldchen	-	Baumschutzsachverständiger

Die Mitglieder der Baumkommission hatten zu folgenden Tagesordnungspunkten Beschlussempfehlungen zu treffen:

### **TOP 1 - Mitteilungen der Verwaltung**

Bezugnehmend auf die Anregung von Herrn Vetter vom 21.03.2002 zur Verwendung städtischer Bäume als Spielgeräte auf Kinderspielplätzen teilte Herr Düber mit, dass hierfür in jedem Fall ein Herstellernachweis erforderlich sei, um einen Versicherungsschutz zu gewährleisten. Dieser sei jedoch für selbst hergerichtete Baum-Spielgeräte kaum zu bekommen. Er werde die Neue Arbeit Siegerland darauf hinweisen, dass hier ggf. ein neues Arbeitsfeld bestehe.

Herr Düber teilte weiter mit, dass in Absprache mit der Abteilung Straßenbau der Beschluss zur Entfernung der Esche an der Achenbacher Straße, Nähe Johannishöhe (TOP 16 der Sitzung am 20.06.02) zunächst ausgesetzt wurde, bis die Straßenplanung weiter konkretisiert worden ist.

Bezugnehmend auf den geäußerten Wunsch schlug Herr Düber vor, am Mittwoch, den 14.08.2002 die diesjährige Exkursion der Baumkommission durchzuführen. Als Ziele sei ein Besuch im Rombergpark, Dortmund und der Landesschule des Landesverbandes der Bezirks- und Kleingärtner in Lünen möglich. Dieser Vorschlag traf auf allgemeine Zustimmung.

### **TOP 2 - Verschiedenes**

Herr Schlabach teilte mit, dass er am Kinderspielplatz Oberschelden an einigen dort stehenden Bäumen Beschädigungen der Rinde festgestellt habe, die weiter kontrolliert und ggf. behandelt werden sollten.

Herr Vetter erkundigte sich nach dem Stand der Ermittlungen bezüglich der baubedingten Baumschäden an der Strasse „Im Wiesental“. Herr Dr. Kraft sagte zu, diesbezüglich tätig zu werden.

### **TOP 3 - Kastanie, Frankfurter Straße**

Herr Düber teilte einleitend mit, dass am 09.07.2002 der Wurzelbereich der Kastanie im Bürgersteig freigelegt wurde, um dem Gutachter eine bessere Beurteilung des Wurzelhorizontes zu ermöglichen. Ziel des Ortstermins solle sein, ein sicheres Votum der Baumkommission für die weitere Vorgehensweise zu bekommen, wobei nach Möglichkeit der Baum erhalten werden sollte.

Herr Vetter wies darauf hin, dass seiner Kenntnis nach während der Bauarbeiten im Jahr 1996 alle Wurzeln im Bürgersteig bis in 1,5 m Tiefe beseitigt wurden.

Im Rahmen der anschließenden Ortsbesichtigung wurde von Herrn Wäldchen (Baumgutachter) folgende Beurteilung der Situation abgegeben:

Es ist zunächst davon auszugehen, dass sich aufgrund der Versiegelung und zurückliegender Baumaßnahmen auf der Straßenseite (Frankfurter Straße) des Baumes kein Wurzelkörper mehr ausbilden konnte.

Der aufgegrabene Bereich im Bürgersteig wies drei Starkwurzeln auf, die in der Regel bis in eine Tiefe von max. 1 m angetroffen werden können. An einer Starkwurzel war eine verletzungsbedingte Wundholzbildung mit einem weitgehend verfaulten Wurzelinneren erkennbar; ihre Haltefähigkeit wurde als nur noch begrenzt eingestuft.

Die Tatsache, dass im Bürgersteig alle Wurzeln bis 1,5 m Tiefe abgetrennt wurden, ist im Hinblick auf die Standfestigkeit als beunruhigend zu bewerten, da sich nur hier Haltewurzeln ausgebildet haben.

Als Ergebnis stellte Herr Wäldchen fest, dass die Standfestigkeit des Baumes bereits heute eingeschränkt ist und in den kommenden Jahren noch weiter abnehmen wird. Es sollte deshalb ein Kronenrückschnitt vorgenommen werden, um den Baum zu stabilisieren. Zwar sei auch ein fachgerechter Rückschnitt als gravierender Eingriff in den Baum zu bewerten, zur Erhaltung der Stabilität sei er jedoch unumgänglich. Der Rückschnitt sollte dabei möglichst während der Vegetationsperiode durchgeführt werden, da der Baum zu diesem Zeitpunkt die besten Abschottungsreaktionen aufweise.

Nach dem Kronenrückschnitt sollte nach 3-4 Jahren überprüft werden, ob an den Schnittstellen eine neue Triebbildung als Zeichen für eine noch vorhandene Vitalität eingesetzt hat. Sollte diese nicht erkennbar sein, sei eine Fällung des Baumes unumgänglich.

Abschließend plädierte Herr Wäldchen allgemein dafür, dass künftig der Baumschutz stärker bei Baumaßnahmen berücksichtigt werden müsse. Im Wurzelbereich von Großbäumen sei eine Handschachtung oft die einzige Lösung, um irreparable Wurzelschäden zu verhindern. Diese Vorgehensweise sei auch aus Sicht der Kostengründe erforderlich, da Großbäume immer auch einen beträchtlichen Vermögenswert darstellen.

Herr Schlabach dankte dem Gutachter für seine fachlichen Ausführungen und stellte fest, dass diese eine gute Grundlage für die von der Baumkommission zu treffende Entscheidung darstellen.

Schlabach  
Vorsitzender

Dr. Kraft  
Schriftführer

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 7 / Umwelt  
Bearbeitet von: Frau Ermert

Datum  
15.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie**

**10.09.2002**

---

Betreff:

**Zuschüsse für Umweltschutzmaßnahmen;  
hier: Mittelaufteilung**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen beschließt die Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 1.460,00 € aus der HSt. 1.120.9500.4 für das nachstehend aufgeführte Projekt der Kindertagesstätte am Ev. Jung-Stilling-Krankenhaus.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Antragsteller : Kindertagesstätte am  
Ev. Jung-Stilling-Krankenhaus  
Virchowstraße 11  
57074 Siegen  
Schriftlicher Antrag vom 16.07.2002

Projekt : Wasserpumpe mit Podest und Reservoir

Die Kindertagesstätte am Ev. Jung-Stilling-Krankenhaus beabsichtigt die Errichtung einer Wasserpumpe mit Podest und Reservoir, damit die Kinder lernen umweltbewusst mit Wasser umzugehen.

Es wird ein Zuschuss beantragt in Höhe von

**1.460,00 €**

Stellungnahme der  
Verwaltung :

Die geplante Maßnahme wird befürwortet, da sie sinnvoll ins vorhandene Außengelände einbezogen wird. Die Umsetzung des Projektes erfolgt in Eigenleistung sowie unter Mithilfe der städtischen Umweltabteilung.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
2.500,00 €				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 13.500,00 €	Haushaltsstelle 1.120.9500.4
--	-----------------------------------	-------------------------------	---	------------------------------

Im Auftrag

Schul

Anlagen: keine

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 7 / Umwelt  
Bearbeitet von: Herrn Dr. Kraft / Herrn König

Datum  
13.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie**

**10.09.2002**

---

Betreff:

**Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.07.2002 im Fachbereich 7 - Städtebau und Umwelt**

---

In der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zum Haushaltsvollzug im **Verwaltungshaushalt** werden das Abteilungsbudget sowie der Bewirtschaftungsstand zum 31.07. des Jahres 2002 ausgewiesen.

Die Darstellung umfasst darüber hinaus die Prognose der Abteilung zum voraussichtlichen Jahresabschluss und die daraus resultierenden Abweichungen zu der vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Soll-Vorgabe.

Die Berichterstattung über die Budgetabwicklung erfolgt verwaltungseinheitlich nach vorgegebenen Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungshaushaltes. Die persönlichen Ausgaben lt. SN A sind Bestandteil der zentralen Berichterstattung über den Gesamthaushaltsvollzug!

## Verwaltungshaushalt:

### Bewirtschaftungsstand 31.07.2002

	HH-Soll €	AO-Soll 30.04.2002 €	AO-Soll 31.07.2002 €	AO-Soll 31.10.2002 €	Prognose zum Jahres- ergebnis €	Abweichung der Prognose vom H.-Soll
Steuern, Allg. Zuweisungen					0	0
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	15.850	4.401	7.600		15.850	0
Sonstige Finanzeinnahmen	500	0			500	0
<b>Einnahmen gesamt</b>	<b>16.350</b>	<b>4.401</b>	<b>7.600</b>	<b>0</b>	<b>16.350</b>	<b>0</b>

Sonstige Personalausgaben	29.000	8.976	14.682		29.000	0
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	42.317	5.232	6.585		40.057	-2.260
Zuweisungen und Zuschüsse	3.500		786		3.150	-350
Sonstige Finanzausgaben	0					0
<b>Ausgaben gesamt (ohne SN A)</b>	<b>74.817</b>	<b>14.208</b>	<b>22.052</b>	<b>0</b>	<b>72.207</b>	<b>-2.610</b>

<b>Zuschuss (-) / Überschuss (+)</b>	<b>-58.467</b>	<b>-9.807</b>	<b>-14.452</b>	<b>0</b>	<b>-55.857</b>	<b>2.610</b>
--------------------------------------	----------------	---------------	----------------	----------	----------------	--------------

## Vermögenshaushalt:

In der Anlage 1 ist der Haushaltsvollzug in der Abteilung Umwelt dargestellt.  
Informationen zum Stand der Einzelmaßnahmen können bei Bedarf in der Sitzung erfolgen.

Im Auftrag

Schul

**Anlagen : 1**

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 8 / Grünflächen  
Bearbeitet von: Herrn Bonstein/Herrn Kölsch

Datum  
14.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie**

**10.09.2002**

---

Betreff:

**Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.07.2002 im Fachbereich 8**

---

**Beschlussvorschlag:**

### **Sachverhalt / Begründung:**

In der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zum Haushaltsvollzug im **Verwaltungshaushalt** werden das **Fachbereichsbudget** sowie der Bewirtschaftungsstand zum 31. 07. des Jahres 2002 ausgewiesen.

Die Darstellung umfasst darüber hinaus die Prognosen des Fachbereiches zum voraussichtlichen Jahresabschluss und die daraus resultierenden Abweichungen zu der vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Soll-Vorgabe.

Die Berichterstattung über die Budgetabwicklung erfolgt verwaltungseinheitlich nach vorgegebenen Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungshaushaltes. Die Persönlichen Ausgaben lt. SN A sind Bestandteil der zentralen Berichterstattung über den Gesamthaushaltsvollzug.

Sofern die Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis in erheblichem Umfang von der Budgetvorgabe 2002 abweicht, sind die maßgeblichen Gründe hierfür erläutert. Andererseits wird in der Konsequenz aufgezeigt, durch welche Entscheidungen (z. B. Verzicht auf die Durchführung vorgesehener Maßnahmen der Höhe und/oder dem Grunde nach) das beschlossene Budget in 2002 eingehalten werden könnte.

**Verwaltungshaushalt:**Bewirtschaftungsstand 31.07.2002

	HH-Soll €	AO-Soll 30.04.2002 €	AO-Soll 31.07.2002 €	AO-Soll 31.10.2002 €	Prognose zum Jahres- ergebnis €	Abweichung der Prognose vom H.-Soll
Steuern, Allg. Zuweisungen	0	0	0		0	0
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	13.745.367	9.447.284	10.247.218		13.759.641	14.274
Sonstige Finanzeinnahmen	26.500	386	914		26.500	0
<u>Einnahmen gesamt</u>	<u>13.771.867</u>	<u>9.447.670</u>	<u>10.248.132</u>		<u>13.786.141</u>	<u>14.274</u>

Sonstige Personalausgaben	14.700	1.795	2.937		14.700	0
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	11.559.514	3.793.167	5.529.288		11.592.369	32.855
Zuweisungen und Zuschüsse	6.500	736	1.025		2.450	-4.050
Sonstige Finanzausgaben	0	0	0		0	0
<u>Ausgaben gesamt (ohne SN A)</u>	<u>11.580.714</u>	<u>3.795.698</u>	<u>5.533.250</u>		<u>11.609.519</u>	<u>28.805</u>
Zuschuss (-) / Überschuss (+)	2.191.153	5.651.972	4.714.882		2.176.622	-14.531

**Erläuterungen zu wesentlichen Abweichungen:*****Einnahmen des Verwaltungshaushaltes***

Obwohl die Einnahmeerwartungen bei den Bestattungsgebühren um 69.000 € sowie den Müllabfuhr- bzw. Straßenreinigungsgebühren zusammen um 94.000 € zu hoch angesetzt worden sind, wird die Vorgabe von 13,77 Mio. € bei einer minimalen Mehreinnahme von 14.000 € eingehalten. Dies wird ermöglicht durch eine überplanmäßige Einnahme von 190.000 € bei den Entgelten für die Entsorgung von Transportverpackungen aufgrund der Preiserhöhungen zum 1.10.2001, die zugleich noch die nachfragebedingten Mindereinnahmen von 12.000 € beim Holzverkauf abdecken.

***Ausgaben des Verwaltungshaushaltes***

Bei den Ausgaben wird insgesamt ein minimaler Mehrbedarf von 29.000 € prognostiziert. Dies entspricht etwa 2‰ des vorgegebenen Haushaltssolls von 11,6 Mio. €.

Berücksichtigt sind hierbei schon die Mehraufwendungen von 90.000 € bei den Winterdienstkosten (HH-Soll 393.000 €) aufgrund der Auswirkungen des Winters 2001/2002. Aber auch der Betriebskostenaufwand an Fahrzeugen und Geräten aufgrund des altersbedingt erhöhten Reparaturbedarfs verursacht im Stadtreinigungsbe-  
reich Mehrausgaben von 62.000 € über das Soll von 278.000 € hinaus.



Jedoch tragen kleinere Einsparungen bei vielen Einzelhaushaltsstellen zur Minderung von Ausgaben bei, so dass die Mehraufwendungen bei anderen HH-Stellen zu einem großen Teil wieder abgedeckt werden können.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass das Überschuss-Soll von 2,19 Mio. € mit einer Abweichung von 14.500 € lediglich um knapp 7‰ verfehlt und das Haushaltsziel, bezogen auf das im HH-Plan vorgegebene Soll, somit erreicht wird.

Jedoch kann die vom Kämmerer verfügte HH-Sperre von 10 % bei einer Vielzahl von HH-Stellen nicht eingehalten werden.

### **Vermögenshaushalt:**

Bei den Einnahmen wird ein Überschuss von etwa 10.000 € an Verkaufserlösen erzielt. Das HH-Soll beträgt hier 61.000 €

Das Ausgabe-Soll beträgt einschließlich der Haushaltsreste aus dem Vorjahr 1,29 Mio. €. Durch Einsparungen von jeweils 25.000 € bei den Kosten für die Anlage von Wertstoffdepots und der Erweiterung bzw. dem Ausbau von Friedhöfen sowie diverser kleinerer Beträge bei verschiedenen Haushaltsstellen wird die vom Kämmerer verfügte HH-Sperre in Höhe von 83.000 € eingehalten.

Es zeichnet sich jedoch derzeit ein überplanmäßiger Bedarf von 80.000 € für die Beschaffung von Winterdienstfahrzeugen ab. Für dessen Deckung wird zu gg. Zeit ein gesonderter Deckungsvorschlag unterbreitet.

Im Auftrag

Bonstein

- 2.) Beig IV nach Abgang z. Kts.
- 3.) zum Vorg. HH-Vollzug

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Bonstein

Anlagen:

## **TISCHVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 9 / Straße und Verkehr  
Bearbeitet von: Herrn Koch

Datum  
09.09.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie**

**10.09.2002**

---

Betreff:

**Kreisverkehr im Zuge der Baumaßnahme Brüderweg**

---

### **Beschlussvorschlag:**

- a) Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen nimmt die Planung für den Bau eines Kreisels im Einmündungsbereich Brüderweg und Hessische Straße zur Kenntnis.
- b) Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen stimmt der Umpflanzung des Baumes Nr. 8 und der Entfernung der Bäume Nr. 7, 12, 14, 18, 19, 24 und 34 zu.
- c) Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen stimmt dem Vorschlag zu, dass beim Straßenausbau für die lagetechnisch unkritischen Bäume im Einzelfall in Abstimmung mit der Abteilung Grünflächen entschieden wird, ob der jeweilige Baum nach Auskoffierung tatsächlich erhalten bleiben kann oder gefällt werden muss.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Der Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie beauftragte in der 26. Sitzung am 11.07.2002 die Verwaltung, eine Vorlage bezüglich des Kreisverkehrs im Einmündungsbereich Brüderweg und Hessische Straße zu erstellen.

Mit der aktuellen Vorlage werden die technischen Kriterien dargelegt.

Im Zuge des Ausbaus muss der Straßenkörper 70 cm tief ausgekoffert werden. Eine endgültige Aussage, in wie weit der betroffene Baumbestand tatsächlich erhalten werden kann, kann zu diesem Zeitpunkt nicht getroffen werden.

Daher wird vorgeschlagen, im Zuge der Baumaßnahme im Einzelfall vor Ort die erforderlichen Entscheidungen zu treffen. Diese können gemeinsam durch die Verwaltung sowie einem Mitglied der Baumkommission vor Ort getroffen werden.

Nach § 32 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes NRW bleiben dem Straßenbaulastträger Bepflanzungen im Straßenkörper vorbehalten. Mit dem vorgestellten Entwurf des Kreisels soll auch den Belangen des Umweltschutzes ausdrücklich Rechnung getragen werden. Nur aus zwingenden sicherheitstechnischen und bautechnischen Gründen sollen Bäume gefällt werden.

Die v. g. Baumaßnahme wurde gemäß des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes in der vorliegenden Planung durch die Bezirksregierung Arnsberg genehmigt und bewilligt.

Nach den derzeit gültigen Förderrichtlinien des v. g. Gesetzes wurde die Planung unter den Gesichtspunkten der verkehrstechnischen Belange, der Wirtschaftlichkeit, zur Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere benachteiligter Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Radfahrer, behinderte Mitbürger), des ÖPNV sowie auch den Belangen des Umweltschutzes (Lärm, Bepflanzungen, Abgase) aufgestellt und genehmigt.

Der Bauausschuss hat der Baumaßnahme in seiner Sitzung am 15.04.2002 zugestimmt.

Im Auftrag

Schul

Anlagen:  
Lageplan  
Liste Baumkommission

2. Beig. IV vor Abgang zur Kenntnis
3. FB 9/2 z. Vg.

FB 9/2		
FB 9/2-S		